

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Bejenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Ein neuer Schiedsspruch für Rheinland-Westfalen.

Die Situation hat sich zwar geändert, ist jedoch noch immer nicht völlig geklärt. Verhandlungen am 31. Oktober in Düsseldorf waren, wie wir bereits in der vorigen Nummer unseres Blattes mitteilen konnten, gänzlich resultatlos verlaufen. Die Unternehmer hatten es nicht einmal für notwendig erachtet, sich zu den Verhandlungen zu stellen. Der Hochbau war gar nicht, Beton- und Tiefbau nur zum Teil vertreten. Der die Verhandlungen leitende Schlichter, Dr. Noeten aus Köln, lehnte die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches vom 11. Oktober ab. In Anbetracht jedoch des Ernstes der Sachlage beraumte er neue Verhandlungen auf den 4. November, gleichfalls nach Düsseldorf, an. Zu diesen Verhandlungen hatten sich auch die Unternehmervertreter vollzählig eingefunden. Die Bemühungen des Schlichters auf Herbeiführung einer Einigung mißglückten. Die arbeiterfeindliche Einstellung der Unternehmer, das Festhalten an ihrem Lohn diktat, machte eine solche unmöglich. Nun trat der amtliche Apparat in Tätigkeit; es wurde eine Schlichterkammer gebildet, die nach einem ebenfalls vergeblichen Einigungsversuch folgenden Schiedsspruch fällt:

I. Das am 22. Mai 1925 in Berlin beschlossene Lohnabkommen wird mit Wirkung von der laufenden Lohnwoche an wieder in Kraft gesetzt, und zwar mit der Maßgabe, daß die Kündigung erstmalig am 15. Januar 1926 zum Monatschluß und von da an 14-tägig erfolgen kann.

II. Erklärungsfrist bis 5. November 1925, nachmittags 5 Uhr.

Durch diesen Schiedsspruch ist die am 11. Oktober für einige rheinische Orte ausgesprochene Lohnerhöhung wieder abgelehnt; es soll der seit dem 22. Mai dieses Jahres gezahlte Lohn im ganzen Gebiet in Geltung bleiben. Das bedeutet die Wiederherstellung des bisherigen Zustandes, die Aufhebung des Lohn diktats der Unternehmer und Vereitelung ihrer Lohnabbau bestrebungen. Aus diesem Grunde haben die Arbeiterverbände dem Schiedsspruch ihre Zustimmung gegeben, um damit auch für Rheinland-Westfalen den Frieden im Baugewerbe wieder herzustellen. Von den Unternehmern darf man so viel Einsicht natürlich nicht erwarten, sie haben auch den neuen Schiedsspruch abgelehnt. Bei dieser Sachlage blieb den Arbeiterverbänden nur übrig, beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches zu beantragen. Am 9. November haben hierüber in Berlin Verhandlungen stattgefunden. Gibt das Reichsarbeitsministerium dem Antrage statt, dann ist den Unternehmerverbänden die wohlverdiente Niederlage bereitet.

Richter, Rechtsanwälte und Arbeitsgerichte.

Der vorliegende Arbeitsgerichtsgesetzentwurf hat wiederum die Richter und Rechtsanwälte auf den Plan gerufen, um den an sich ja gar nicht unterbrochenen Kampf um die Eroberung der Arbeitsgerichte mit erneuter Wucht zu führen. Die Tagungen der Richter sind mit diesem Thema ausgefüllt. Das menschlich verständliche Berufsinteresse der Richter und der Rechtsanwälte wird verborgen hinter allerlei Behauptungen, wonach die Richter oder die Rechtsanwälte entweder eine ideale Mission erfüllen wollen oder glauben, das Recht zu haben, dem Volke Vorschriften über seine Gesetzgebung machen zu sollen oder zu müssen. Bei diesen Erörterungen spielt auch der inzwischen berühmt gewordene Ausspruch des früheren Ministers Stadbruch eine große Rolle: „Eine Ausgliederung der Arbeitsgerichte würde das Todesurteil für die ordentliche Justiz bedeuten und damit erst eine wahre Klassenjustiz schaffen.“ Es wird auch nie zu erwähnen vergessen, daß der ehemalige Minister Stadbruch Sozialdemokrat sei und damit den Arbeitern doch besonders nahe stehen würde. Jedoch Herr Stadbruch ist Professor und Jurist, er hat die Gewerkschaften um ihre Meinung nicht gefragt, sondern mit dem genannten Ausspruch seiner eigenen Ansicht Ausdruck gegeben, was schließlich nur beweist, daß er sich über die Ziele und Forderungen der Arbeiter keine mit den Gewerkschaften übereinstimmende Vorstellung macht. Der Ausspruch ist zum Schlagwort geworden, über dessen innere Berechtigung man sich gar keine Gedanken mehr macht. Spielen in das gesamte Strafrecht nicht sehr

viele soziale Momente hinein, ist das Zivilrecht nicht weitgehend das Spiegelbild sozialer Verhältnisse. Warum soll der soziale Einschlag erst durch die Arbeitsgerichtsbarkeit innerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit gewährleistet sein. Solche Behauptungen halten keiner ernsthaften Prüfung stand. Es ist vollkommen falsch, das Heil in so weitem Maße von den Richtern zu erwarten, der Fortschritt liegt in dem Ausbau des materiellen Rechtes. Dieses hat sich allerdings im Arbeitsrecht der Gegenwart mehr angepaßt als im Strafrecht und im Zivilrecht. Daher ist der soziale Geist der Richter nicht durch die Opferung der selbständigen Arbeitsgerichtsbarkeit zu erzielen, sondern nur durch die Modernisierung des Strafrechts und des Zivilrechts. Das krassste Beispiel für unsere Feststellungen sind wohl die Meineidsstrafen. Was nützt dem Richter noch soviel aus der Arbeitsrechtsprechung etwa gewonnene Erkenntnis der sozialen Zusammenhänge, wenn er nur die Tatsache des Meineids festzustellen hat und dann zwangsläufig auf hohe Strafe erkennen muß, ohne auf die sozialen Umstände Rücksicht nehmen zu dürfen. Es ist sehr verwunderlich, daß die Richter so tun, als ob sie diese Tatsachen nicht kennen würden.

Daß Richter und Rechtsanwälte dem Volke vorschreiben dürfen, wie es Gesetze machen soll, ist abzulehnen. Darüber gibt es gar keine Aussprache. Derartige Bestrebungen bedeuten Anmaßung von Befugnissen und Vermischung der Sachlage. Es gibt auch keinen noch so wichtigen Rechtsgrundsatz, der nicht abänderlich wäre oder überflüssig werden könnte. Das ergibt sich nicht aus der Rechtslehre, sondern aus der Entwicklung. Nicht das Recht schafft das Leben, sondern das Leben schafft das Recht. Die Arbeitsstreitigkeiten entstehen aus dem Gegensatz zwischen Wirtschaft und Arbeitskraft. Die materiellen Gesetze schaffen hier den Ausgleich, wie er sich aus der Macht der Klassen im Staate ergibt. Das so Erreichte wird von der Klasse, die es belastet, nach wie vor bestritten, die Begründung ist immer weltanschaulich. Der Richter hat nur die Aufgabe, das gesetzte Recht zur Durchführung zu bringen oder, wo das freie Ermessen noch einen gewissen Spielraum läßt, die der Entwicklung entsprechenden, nicht als subjektiv empfundenen Entscheidungen zu treffen. Hierzu muß der Richter Denken und Fühlen der Unternehmer und Arbeiter sowie ihrer Vereinigungen kennen. Er muß das Arbeitsrecht beherrschen und besonders mit dem kollektiven Arbeitsrecht, dem Wesen des Tarifvertrags sowie der Schlichtung vertraut sein und auch wissen, wie Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung usw. funktionieren und welche grundsätzliche Bedeutung solche Einrichtungen haben. Das ist zusammenfassend das Arbeitsrecht als selbständige Rechtsdisziplin. Hierin muß der Richter Spezialist sein. Man sage nicht, daß zivilrechtliche Grundzüge und auch das Strafrecht bis zu einem gewissen Grade hinein spielen. Wenn die Richter vorgeben, alle drei Disziplinen vollkommen beherrschen zu können, dann werden sie auch den Teil mit Leichtigkeit beherrschen, der bei der ausschließlichen Tätigkeit als Arbeitsgerichtsorganisator eben noch in Frage kommen kann. Die Richter sollen ja im Regelfalle Vorsitzende der Arbeitsgerichte werden, aber nicht deshalb, weil sie Richter sind, sondern als Arbeitsrichter, die ihr Studium auf diesem besonderen Gebiete abgeschlossen haben.

Die Bedeutung der Rechtsanwälte ist eine ganz andere. Sie sind nicht Selbstzweck, sondern wie bei jedem anderen Berufszweig Mittel zum Zweck. Wenn sie nicht gebraucht werden, dann sind sie in derselben Lage wie andere Berufsangehörige. Das ideale Moment, das die Rechtsanwälte in die Aussprache geworfen haben, schalten wir ganz aus. Von der Luft und von der Ehre kann auch der Rechtsanwalt nicht leben. Wir stellen fest, daß die Rechtsanwälte in der Arbeitsgerichtsbarkeit nicht unbedingt nötig sind. Das in Straf- und Zivilsachen so unübersichtliche und schwierige Verfahren, welches dort die Rechtsanwälte unentbehrlich machen mag, kommt in der Arbeitsgerichtsbarkeit nicht in Betracht. Hier ist das Verfahren einfach, Richter und Gerichtsschreiber haben zudem noch die Pflicht, die Ratgeber der Parteien zu sein. Der Parteienvertreter vor den Arbeitsgerichten muß die Wirtschaft unmittelbar kennen. Er muß vertraut sein mit der Entwicklung der Gewerkschaften und der Unternehmervereinigungen, er muß praktisch mitarbeiten an den Tarifverträgen, im Schlichtungswesen, im Arbeitsnachweis, in der Erwerbslosenfürsorge, im Arbeitsnachweis und im Arbeitschutz überhaupt sowie auch in der Sozialversicherung. Die Unternehmerhände und die Gewerkschaftssekretäre haben diese praktische Kenntnis oder sie können sie in erster Linie und eigentlich nur allein wirklich haben. Dieser Fundus ist die Grundlage für die Vertretung der Parteien. Zudem ist die Befehlsführung der Parteienvertreter im Arbeitsrecht regelmäßig weltanschaulich. Das liegt in der Natur der Dinge. Die abfällige Bemerkung vieler Rechtsanwälte und Richter, das Recht dürfe nicht politisch sein,

ist im Arbeitsrecht eine sinnlose Redensart. Wenn es nicht politisch ist, dann ist es gar nichts. Auch das ebenso berühmte wie verächtliche „soziale Verständnis“ ist politisch. Man kann unternehmersozial und arbeitnehmersozial sein, „überirdisch objektiv sozial“ kann man jedenfalls nicht sein, man kann es sich allenfalls einbilden. Da ist es entschieden besser, wenn die Parteienvertreter die Dinge wenigstens praktisch kennen, die sie vertreten. Es mag sein, daß das Arbeitsrecht bald wegen seiner Vielgestaltigkeit nur noch durch eingehendes Studium zu beherrschen ist. Dann mögen die wirtschaftlichen Vereinigungen Personen einstellen, die Theorie studiert und Praxis erfahren haben. Die Rechtsanwälte können im Arbeitsrecht gar nicht wechselweise Unternehmer und Arbeitnehmer vertreten, da sie dann zu jeder Sache zwei grundsätzlich verschiedene Meinungen haben müßten. Sie würden reine Geschäftspolitiker und es gäbe dann eben naturnotwendig Unternehmerrechtsanwälte und Arbeitnehmerrechtsanwälte. Dagegen verwahren sich die Rechtsanwälte am meisten. Wenn Spießbürgerkurzsichtigkeit, Unternehmermacht und Juristen einfluß den Rechtsanwälten eine Bedeutung verleiht, die sie tatsächlich sachlich nicht haben, so müssen die Arbeiter und die Angestellten um so energischer dafür eintreten, daß es nicht soweit kommt. Die Rechtsanwälte sind im Arbeitsrecht nicht unbedingt notwendig und der ihnen im Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes eingeräumte Einfluß geht schon zu weit und bildet eine gewisse Gefahr, keinen Vorteil.

Professor Dr. Erdel, Mannheim, sagt über die Zulassung der Rechtsanwälte: „Man mag sonst über die Tätigkeit der Rechtsanwälte als Hilfsorgane der Rechtspflege noch so günstig urteilen: es ist unbestreitbar, weil einfach Erfahrungstatsache, daß durch das Auftreten der Rechtsanwälte eine erhebliche Verlangsamung des ordentlichen Prozeßganges eintritt — neben den hohen Gerichtsgebühren sind es vor allem auch die Anwaltskosten, die den gewöhnlichen Prozeß verteuern.“ Darob heilige Entrüstung der Rechtsanwälte. Sie verschleppen erstens nicht und zweitens wird durch die Verschleppung das Verfahren nicht teurer. Aber ohne die Rechtsanwälte werden die Kosten für sie überhaupt gespart. Dann muß man die Tätigkeit der Rechtsanwälte auf den Gerichten gesehen haben. Mit fliegenden Talaren rennen diese Herren von Kammer zu Kammer, unter dem Arm einen Aktenschloß, in welchem sie vor dem Gericht nervös wäuteln, um den richtigen Akt zu finden. Derweilen unterhalten sie sich mit dem Richter, um die Zeit zu finden, einen Blick in den Akt zu werfen. Man kann sich die „Sachkunde“ vorstellen, mit der dann die Vertretung erfolgt. Nun erst die Arbeitsstreitigkeiten über vielleicht 50 oder 75 M., wo gar nichts dabei zu erben ist. Zerstreut schaut der Rechtsanwalt auf die Uhr, ob die Zeit nicht soweit vorgeschritten ist, um Vertagung beantragen zu können. Diese Schilderung wird den Rechtsanwälten Veranlassung geben, von Uebertreibung oder von Schlimmerem zu reden. Jeder Arbeiter und jeder Angestellte, der durch Arbeitslosigkeit unfreiwillige Muße hat, gehe in die Gerichtssäle und vergleiche unsere Darstellung mit der Wirklichkeit. Der so „sachkundig“ vertretene unglückliche „Mandant“ steht weinend neben dem Grade seiner Hoffnungen und traut sich nicht, gegenüber seinem Rechtsanwalt auch nur zu museln. Ausnahmen bestätigen die Regel. Anders bei den Parteienvertretern, die Fleisch vom Fleisch ihres Mandanten sind und denen dieser oder ihre Vereinigung gefährlich den Kopf wäscht, wenn sie die Dinge auf die leichte Achsel nehmen. Was ist für die Rechtsprechung nützlicher: Parteienvertreter, die innerlich ganz bei der Sache sind, oder Rechtsanwälte, die „Fälle“ erledigen?

Trotz alledem, die Auseinandersetzung mit Richtern und Rechtsanwälten ist hoffnungslos. Die Herren vertreten Berufsinteressen, aber das Volk soll es nicht merken. Heute bleiben jedoch „Aktentotizen“ nicht mehr geheim. Das Schutz- und Trutzbündnis der Richter und der Rechtsanwälte ist auch bekannt. Die Rechtsanwälte treten für die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte ein und die Richter für die Zulassung der Rechtsanwälte. Herrlich, die Welt dreht sich um die Richter und die Rechtsanwälte, die Menschen werden als Objekte dieser beiden Berufskreise geboren. Fiat justitia, pereat mundus! (Zu übertragenem Deutsch: Es herrsche die Gerechtigkeit, wenn auch die Welt darüber zugrunde geht!) Mit aller Energie müssen die Arbeiter und die Angestellten gegen derartige Pläne und Ansichten kämpfen. In diesem Sinne müssen die Gewerkschaften einen rücksichtslosen Kampf gegen die Richter und die Rechtsanwälte führen, die Gefahr muß in ihrer ganzen Bedeutung erkannt werden.

Nun zu einigen praktischen Fällen. Die Richter geben bekanntlich vor, sie allein seien in der Lage, das Recht zu finden. In der neueren Zeit spielt der Lohnanspruch Arbeitswilliger bei Streitfällen eine erhebliche Rolle. Die Richter sind diesem Problem gegenüber machtlos, trotzdem

Das selbe eine große Bedeutung hat. Vollkommenes Durcheinander herrscht bis hinauf zum Reichsgericht. Der Lohnanspruch wird verjagt: 1. auf Grund der „Sozialen Arbeits- und Betriebsgemeinschaft“, 2. auf Grund der Unmöglichkeit der Leistung, 3. durch Anerkennung eines wichtigen Grundes zur fristlosen Entlassung. Dazwischen konstruieren einzelne Gerichte wieder besondere Methoden. Zum Beispiel der Unternehmer hätte fristlos entlassen können, und da er es nicht getan habe, sei er in Annahmeverzug geraten, so daß auf diese Weise die Arbeiter plötzlich wieder einmal „Recht“ bekommen, während die Verwirrung nur noch mehr gesteigert wird. Unternehmerversammlungen und Gewerkschaften geraten in die schwierigsten Situationen, weil sie nicht wissen, welche Taktik sie einzuschlagen haben. Wenn 10 Arbeiter Lohnunterschieden haben, müssen 10000 streiken oder ausgesperrt werden, nur weil die Gerichte nicht wissen, was sie mit den wichtigsten Fragen des praktischen Lebens anfangen sollen. Man kann den „Laien“, wie die übrigen Menschen bei den Juristen spöttisch Interessensphäre, gar nicht klar machen, was auf so wichtigen Gebieten rechtens ist, weil man bei dem Versuch, die „Ansicht“ der Richter darzulegen, in den schlimmsten Verdacht fällt, eine Gefahr für die Menschheit darzustellen.

Bei Zulassung der Rechtsanwältin in der ersten Instanz würde man erleben, daß deren „Gründe“ von niemand mehr ernstgenommen würden. Man nehme nur „fristlose Entlassung“ und „unbillige Härte“. Hier denken die Unternehmer immer anders als die Arbeiter. Der Rechtsanwalt hätte zum Beispiel 3 Unternehmer und 2 Arbeiter hintereinander zu vertreten. Will er einmal die Arbeiter- und einmal die Unternehmermeinung „begründen“? Denn eine einheitliche Begründung gibt es nun einmal nicht. Die Parteien verlangen die Begründung aus ihrer Interessensphäre, zumal dem Richter hier vollkommen freie Hand gelassen worden ist. Ein Mensch, der so und auch anders kann, ist keine ernsthafte Figur, seine Worte werden nur als Redensarten hingenommen und gar nicht mehr beachtet.

Die Richter und die Rechtsanwältin, soweit sie es verdienen, als Menschen und als Beruf in allen Ehren. Das Volk kann aber bei der Setzung seines Rechtes nicht auf die Verurteilung ausschlaggebende Rücksicht nehmen, die von der Durchführung dieses Rechtes leben. Das Volk schafft sich die Instanzen, die es braucht. Die Rechtsanwältin und die Richter haben hierüber nicht zu bestimmen. Es sind also sehr schwerwiegende Gründe, die bestimmend sind für die Stellung der Arbeiter und der Angestellten zu den Richtern und den Rechtsanwältin. Die Gewerkschaften müssen die Rechte des Volkes mit äußerster Energie gegen die Berufsinteressen gewisser Schichten verteidigen.

E. L. Rörpel.

Kapitalistische Schwarzmalerei.

Die Handelsbilanz der deutschen Wirtschaft ist noch immer passiv. In der Zeit von Januar bis September 1925 betrug die Einfuhr, 10 414,1, die Ausfuhr 8 386,1 Millionen Goldmark. Das Passivsaldo für diese 9 Monate beträgt also 4028 Millionen Goldmark, eine Ziffer, die, selbst wenn man sie nicht als ganz einwandfrei betrachten will, doch nicht unbedenklich bleibt; denn ein dauerndes Defizit in dieser Höhe vermag die deutsche Wirtschaft nicht zu tragen. In der Volkswirtschaft ist es nicht anders wie in der privaten Wirtschaft. Dauernde Unterbilanz führt zu ihrem Bankrott.

Von der Unternehmerpresse wird die Passivität der Handelsbilanz sowie die gegenwärtige wirtschaftliche Krise als Anlaß benutzt, die Lage der deutschen Wirtschaft, besonders aber der Industrie, in den schwärzesten Farben zu malen. Wenn man ihren Angaben glauben könnte, stünde die deutsche Wirtschaft wieder einmal unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Doch darf nicht außer acht gelassen werden, daß diese pessimistische Auffassung nicht neu ist und, wie die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, in der Regel zu ganz bestimmten eigensüchtigen Zwecken vertreten wird. Großagrarien wie Großindustrielle betreiben das Schreiben über ihre wirtschaftliche Notlage seit jeher gewerksmäßig und mit Erfolg. Auf diese Weise gelang es ihnen noch immer, ihre Liebesgaben- und Schutzollwünsche zum Schanden der breiten Volksmassen durchzusetzen. Gegenwärtig dienen ihre Klagen offensichtlich dazu, die Preisfestsetzungsabsichten der Regierung zu hintertreiben und die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß bei der von ihnen behaupteten Notlage ein Preisabbau nicht möglich ist. In gewissem Umfang gereicht ihnen dabei zum Vorteil, daß ihre Behauptungen durch die Schwierigkeiten, die aus dem allgemeinen Kapitalmangel entstehen, in Verbindung mit den Ergebnissen der Konkurrenzstatistik scheinbar unterstützt werden.

Die Zahl der Konkurse hat im Verlaufe dieses Jahres nicht unerheblich zugenommen. Im Januar 1924 kamen nur 31, im April 139, im Mai 326 Konkurse zur Anmeldung. Der Monat Juli ließ die Konkursanmeldungen auf 1125 ansteigen. Dann ging die Konkursziffer allmählich zurück und stieg erst wieder im Dezember auf 616 an. Mit dem Beginn des Jahres 1925 setzte sich diese Bewegung fort. Der Monat Januar brachte 796, Februar 723, Mai 807, Juni 766, Juli 797, August 751 Konkurse. Das bedeutet eine ganz beträchtliche Zunahme, befragt aber für die Behauptungen des Unternehmertums nichts. Vielmehr ist in dieser Zunahme nichts anderes zu erblicken, als ein notwendiger wirtschaftlicher Reinigungsprozeß, die Ausschaltung volkswirtschaftlich überflüssiger, lebensunfähiger und deshalb schädlicher Betriebe, durch deren Ausschaltung der Produktionskostenetats der deutschen Wirtschaft entlastet wird. Dieser Ausschleppungsprozeß kann noch nicht als beendet angesehen werden, sondern wird sich fortsetzen müssen, bis der deutsche Produktionsapparat so weit von allen Hemmungen befreit ist, um ohne wesentliche Leerläufe arbeiten zu können. Zur Zeit sind diese Leerläufe noch außerordentlich umfangreich und tragen in erheblichem Maße zur Verteuerung der Produktionskosten bei, woraus sich neben der viel zu hohen Gewinnquote, die das Unternehmertum in Rechnung stellt, die hohen Preise erklären.

Das deutsche Wirtschaftsleben unterliegt seit Beendigung des Krieges fortgesetzten Schwankungen. Immer

wieder ist zu beobachten, daß die Wirtschaftskurve bald ansteigt, bald fällt, einem kurz vorübergehenden geschäftlichen Aufschwung ein Niedergang folgt, der in eine Krise ausmündet, bis nach längerer oder kürzerer Dauer wieder ein Aufstieg einsetzt. Bemerkenswert ist jedoch hierbei, daß jede einem Aufstieg folgende Senkung der Kurve nicht mehr den Tiefstand der vorangegangenen erreicht. Es ist also trotz allem Auf und Nieder eine gewisse steigende Tendenz vorhanden, die als Kennzeichen einer sich zwar langsam, aber doch stetig vollziehenden wirtschaftlichen Gesundung angesprochen werden kann. Von einer völligen Gesundung der deutschen Wirtschaft sind wir zwar immer noch weit entfernt. Gleichwohl sind die Anzeichen einer Besserung der Verhältnisse unverkennbar. Zudem ging in den letzten Monaten die Einfuhr stark zurück, während sich die Ausfuhr nicht unerheblich gesteigert hat. Ob diese Ausfuhrsteigerung anhält und sich fortsetzt, ist nicht vorauszusagen. Doch sprechen auch andere Tatsachen dafür, daß die gegenwärtige Krise nicht von allzu langer Dauer sein wird und deshalb kein Grund zu einem übertriebenen Pessimismus besteht.

Bis vor kurzem befand sich der Ruhrbergbau in einer schweren Krise, die allgemein ernste Besorgnisse hervorrief. Nach neueren Meldungen ist sie überwunden. Auch der Braunkohlenbergbau scheint sich wieder erholt zu haben, wie daraus hervorgeht, daß das rheinische Braunkohlensyndikat seine Produktion bereits bis zum Frühjahr ausverkauft hat. Aus der Schweißindustrie wird das Wiederanziehen der Geschäftslage, desgleichen aus der Maschinenbaubranche die Zunahme der Aufträge, daneben teilweise ein gutes Auslandsgeschäft berichtet. Ähnliche Meldungen liegen aus der Textilindustrie sowie aus der chemischen Industrie vor, die außerdem zum Teil recht gute Geschäftsergebnisse aufweisen. Auch die Bauwirtschaft wird voraussichtlich im kommenden Jahre eine stärkere werden. Nach dem Reichsgesetz vom 10. August 1925 über die Verringerung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sind die Länder verpflichtet, in den nächsten 2 Jahren jährlich mindestens 15 bis 20 % der Friedensmiete für die Förderung des Wohnungsbauwerks zur Verfügung zu stellen. Das ist erheblich mehr als bisher geleistet wurde. Die Aufwendungen aller Länder werden hiernach etwa 600 bis 700 Millionen Mark betragen, was unter Hinzurechnung eines entsprechenden Aufbringens der am Wohnungsbau Beteiligten die Erstellung von rund 110 000 Wohnungen in Aussicht nehmen läßt. Zur Befriedigung des Wohnungsbedarfs ist das leider noch immer nicht ausreichend, trotzdem liegt ein Fortschritt vor.

Diesen Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftslage gegenüber darf man selbstverständlich die Erwartungen nicht zu hoch spannen. Die deutsche Wirtschaft wird noch lange mit immer wiederkehrenden Störungen zu rechnen haben, sind doch die wirtschaftlichen Verhältnisse auch bei den andern Nationen keine normalen. Nur Amerika bildet eine Ausnahme. In allen andern Staaten ist die Kaufkraft der Bevölkerung stark zurückgegangen, der Produktionsapparat dagegen weit über die vorhandene Nachfrage nach Waren ausgedehnt worden. Das hieraus entstandene Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch läßt sich nur durch eine Senkung der Kaufkraft der Käufer beseitigen. Sie allein kann auch nur die volle Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft bringen sowie diese in den Stand setzen, die ihr auferlegten Reparationskosten abzutragen. Das setzt aber die Beseitigung der gegenseitigen Absperrung der Länder und der Einfuhrerleichterungen voraus. Wer nehmen will, muß auch geben! Das gilt nicht nur für das geschäftliche Leben, sondern auch für den wirtschaftlichen Verkehr der Völker miteinander. Die Einsicht, daß es mit der bisher betriebenen Absperrungspolitik nicht so weitergehen kann, ist im Westen begriffen, wie die Annahme des Loucheurschen Vorschlages auf Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz beweist. Für die Arbeiter liegt deshalb kein Grund vor, sich durch die wirtschaftliche Schwarzmalerei des Unternehmertums einschüchtern zu lassen. Sie handeln vielmehr Klug, es an dem Ausbau und der Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen nicht fehlen zu lassen, um für alle Fälle zur Abwehr wie zum Angriff gerüstet zu sein. m.

Internationale soziale Bewegung.

Gewerkschaftliche Großkämpfe. — Arbeitsmärkte. — Gewerkschaftskongresse. — Sozialpolitische Neuerungen.

Eine Anzahl großer sozialer Kämpfe im Ausland hat in den letzten Wochen die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Von den schon seit geraumer Zeit schwebenden Arbeitskonflikten ist jetzt der Streik der Seeleute im britischen Reich beendet worden, ohne weiteren Erfolg für die Streikenden zu bringen. Die von den Gewerkschaften vereinbarte Lohnherabsetzung tritt in Kraft, Lohnzahlungen werden für die Streikstage nicht gewährt. Noch nicht beigelegt wurde der große Kampf im Anthrazitbergbau der Vereinigten Staaten, bei dem die Arbeiter eine Erhöhung der Akkordlöhne um 10 %, der Zeittlöhne um 1 Dollar pro Tag, die 30-Stunden-Woche und die Anerkennung ihrer Gewerkschaft fordern, während die Arbeitgeber die Löhne um 10 % herabzusetzen trachten. Auch der Streik der Baumwollspinnere von Bombay, der jetzt 150 000 Arbeiter umfaßt, ist noch im Gange. Zwei weitere große Arbeitskonflikte sind wieder aufgelebt: Im englischen Bergbau sind über die Auslegung des getroffenen Lohnabkommens neue Differenzen entstanden, welche Streiks hervorriefen. Die schon seit Monaten vorhandenen Meinungsverschiedenheiten in der nordböhmischen Textilindustrie haben am Anfang dieses Monats zu Aussperrungen und Streiks von 16 000 Arbeitern geführt. Die Arbeiter verlangen angeichts der Erhöhung der Lebenshaltungskosten eine Steigerung der im März 1925 vereinbarten siebenprozentigen Teuerungszulage und haben daher das alte Lohnabkommen gelündigt. Die Arbeitgeber haben diese Forderung als unannehmbar erklärt. In Oesterreich ist eine Anzahl umfassender Arbeitsstreiks ausgebrochen. 4000 Arbeiter der Alpen Montangesellschaft besaßen sich mehrere Wochen lang im Auslande, der beendet wurde durch ein Kompromiß, das nur für die niedrigst entlohnten Arbeiter Lohnerhöhungen vorsieht. Die Waffen- und Automobilfabrik in Steyr hat ihre Arbeiter ebenfalls ausgesperrt. Die Arbeiter der

Eisen- und Stahlindustrie-Gesellschaft von St. Veit und 1200 Arbeiterinnen der Firma Siemens-Schudert sind in den Streik getreten. Außerdem werden noch von einer ganzen Anzahl kleinerer Arbeitergruppen Oesterreichs Kämpfe um Lohnerhöhungen geführt. Die österreichischen Bundesangeordneten haben gleichfalls Forderungen auf Erhöhung ihrer Bezüge um circa 20 % gestellt und in einer Abstimmung der Anwendung eines Streiks zur Durchführung dieser Forderungen zugestimmt. Bisher sind die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, da die Regierung behauptet, daß innerhalb des Normalbudgets und bei dem jetzigen Budgetdefizit die Mehrebelastung untragbar sei. Eine Differenz im holländischen Bergbau ist durch ein Kompromiß beigelegt worden, indem die Unternehmer auf eine Lohnherabsetzung verzichteten, die Arbeitnehmer dagegen der Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 48 Stunden zustimmten. Lohnkürzungsbestrebungen der Unternehmer und Lohnerhöhungsforderungen der Arbeiter stehen sich auch bei den englischen Eisenbahngesellschaften entgegen, Verhandlungen haben hier noch keinen Erfolg erzielt. Bei der Finanzgriffnahme eines Unternehmens in Irland durch Siemens-Schudert kam es zu einem Konflikt mit den Gewerkschaften, die eine Bezahlung nach städtischen Tarifen fordern, während die deutsche Firma, unterstützt von der irischen Regierung, Löhne, die unter denen städtischer Arbeiter, aber über denen von Landarbeitern stehen, anbot. In Paris ist es in Teilen von Verkehrsunternehmen zu kurzen Streiks gekommen, die eine Lohnerhöhung bezweckten, aber keine positiven Erfolge zeitigten. Ein Bankbeamtenstreik brach in Belgrad aus, nachdem eine Verbesserung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen verweigert worden war.

Was die internationalen Arbeitsmärkte anbelangt, so zeigen sie in den meisten Ländern während der letzten Wochen nur ein geringes Auf und Ab. Außer Frankreich, das für Landwirtschaft und Industrie Arbeitskräfte aus andern Ländern heranzieht, weisen Italien, Belgien, Schweden, Lettland und Kanada geringe Verbesserungen auf ihren Arbeitsmärkten auf. Auch in Großbritannien hat sich in den letzten Wochen, seit die Produktionsbeschränkungen im Bergbau zu einem Stillstand gekommen sind, die Zahl der Arbeitslosen etwas vermindert. Auch die Lage des österreichischen Arbeitsmarktes hat sich — allerdings nur geringfügig — verbessert. In fast allen diesen Ländern ist die Erhöhung des Beschäftigungsgrades eine saisonmäßige Erscheinung, an der vor allem die Landwirtschaft und das Bekleidungs-gewerbe Anteil hat. Hingegen hat sich die Lage der Arbeitsmärkte — wenn auch im allgemeinen nicht übermäßig — verschlechtert in der Schweiz, in Holland, Schweden, Finnland, in den Vereinigten Staaten und in Dänemark — hier vor allem im Gefolge der Deflationskrisis. Unter den Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen wurden, ist besonders hervorzuheben das Bemühen der österreichischen Regierung, die Auswanderung zu erleichtern. Dahingehende Verhandlungen in Neu-York sind allerdings vorläufig gescheitert, jedoch haben Frankreich und Deutschland einen kleinen Teil der österreichischen Arbeiter aufgenommen. Andererseits ist der Gesekentwurf über den Schutz des inländischen Arbeitsmarktes jetzt dem österreichischen Nationalrat vorgelegt worden. Danach sollen ausländische Arbeiter in Oesterreich nur nach Erteilung einer besonderen Erlaubnis beschäftigt werden dürfen.

Was die Kosten der Lebenshaltung anbelangt, so haben sie eine wesentliche Veränderung erfahren, einerseits in Italien und Jugoslawien, wo sie seit geraumer Zeit beträchtlich ansteigen; in Jugoslawien vor allem infolge hoher Bälle; andererseits sind sie in Dänemark und in Norwegen infolge der Deflation im Sinken begriffen. In diesen beiden Ländern wird daher auch über eine, ungeachtet der laufenden Tarifabkommen, zu bewerkende Herabsetzung der Löhne verhandelt. In Frankreich, wo die Preise für lebenswichtige Bedarfsgüter steigen, wurde eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne vereinbart, allerdings nur auf die Zufage der Regierung hin, weiter auf Besserung der Lage des Kohlenbergbaues hinzuarbeiten.

Für die internationale Gewerkschaftsbewegung waren die letzten Wochen ereignisreich. In den Vereinigten Staaten, in Kanada, Holland und Luxemburg wurden allgemeine Gewerkschaftskongresse abgehalten. Ferner fanden die Tagungen der Internationalen Verbände der Lebensmittelarbeiter und der Lederarbeiter, der Privatangestellten und der Lederarbeiter statt.

Der Achtstundentag wurde auf fast allen diesen Kongressen gefordert. Die Beziehungen zu den russischen Gewerkschaften kamen in den Vereinigten Staaten und auf den Tagungen der Angestellten, der Lederarbeiter und der Lebensmittelarbeiter zur Sprache und wurden überall dahin entschieden, daß nur bei einem Anschluß der russischen Gewerkschaften an den Internationalen Gewerkschaftsbund in nähere Beziehungen mit Moskau getreten werden sollte. Arbeitslosigkeit und Wanderungen, Arbeiterschutz und soziale Gesetzgebung, Löhne, Lebenshaltungskosten und Bälle, ferner Tarifverträge, Betriebsräte und Schiedsgerichtswesen, auch Organisationsfragen wurden auf den verschiedenen Kongressen behandelt. Der dänische Verband ungelerner Arbeiter ist aus dem dänischen Gewerkschaftsbund ausgetreten, und in England hat sich die Gewerkschaft der Steinseher und Pflasterer von den Bauarbeitern getrennt, um Lohnforderungen selbstständig besser durchsetzen zu können. Ueber Gewerkschaftsverfolgungen wurde aus Rumänien, China, Savanna berichtet. In Italien schloß der Verband der Großindustriellen mit den faschistischen Gewerkschaften eine Vereinbarung, wonach sich beide Organisationen gegenseitig als alleinberechtigte Berufsvertretungen anerkennen. Dadurch ist die Entrechtung der Arbeiter und das politische Diktat der Faschisten zur Vollkommenheit gebracht worden.

Für die internationale Sozialpolitik ist von Wichtigkeit, daß dem österreichischen Nationalrat Gesetzesentwürfe vorliegen zur Abänderung der Arbeiterversicherung und der Altersversicherung der selbständig Erwerbenden, sowie zur Abänderung der Angestelltenversicherung. Sie zielen vornehmlich auf Vereinheitlichung der Versicherungszweige und auf Erhöhung der Bezüge hin. In der Schweiz wurde ein Gesetzesentwurf über die Neurege-

lung der Dienst- und Lohnverhältnisse der öffentlichen Angestellten herausgebracht. In Frankreich hat der Staatsrat jetzt den Entwurf eines Gesetzes, das den Achtundzestag für das Bupperjonal einführen soll, zu prüfen. Eine Gesetzesvorlage, die das Gewerkschaftsrecht regelt, wird zur Zeit in Japan beraten. Darin wird vor allem den Arbeitern das Recht der Vereinigung und der Abschließung von Kollektivverträgen ausdrücklich zugebilligt. Eine Konferenz von Regierungsvertretern mittelamerikanischer Staaten nahm eine bereits von mehreren Staaten unterzeichnete sozialpolitische Konvention an, die vor allem Kinderarbeit, Nachtarbeit der Frauen und Kinder, Sonntagsruhe und den körperlichen Arbeitszwang zum Gegenstand hat. Auf einer Delegiertenversammlung der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz wurden die Fragen des Schutzes der Privatangestellten, der Ruhepausen und Arbeitsurlaube und der Mindestlöhne besprochen. E. T.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Führerausweis für die Benutzung der Jugendherbergen.

Auch für die Mitglieder unserer Jugendabteilungen besteht jetzt die Möglichkeit, daß sie auf ihren Wanderungen die Jugendherbergen benutzen können. Bedingung ist jedoch, daß der Wanderführer im Besitze eines „Führerausweises“ ist. Es ist dringend zu empfehlen, daß die Leiter der Jugendabteilung sich diesen Führerausweis ausstellen lassen. Die Abteilungen müssen bis zum 10. Dezember ein zum Aufkleben geeignetes Lichtbild des Führers an den Zentralvorstand einpenden, der weiteres veranlassen wird.

Vortragsdispositionen für Lehrlingsabteilungen.

Der Zentralvorstand beabsichtigt, Vortragsdispositionen für unsere Lehrlingsabteilungen herauszugeben; folgende Themen sollen behandelt werden:

1. Die Geschichte unseres Verbandes.
2. Jugend und Arbeitsrecht.
3. Arbeitskämpfe in alter und neuer Zeit.
4. Das Wesen des Tarifvertrages.
5. Die Wirtschaftsformen der Vergangenheit.
6. Wie entsteht Unternehmerprofit.
7. Die Volksbewegung der Vergangenheit.

Bestellungen sind umgehend unter Angabe des Themas und der Zahl der benötigten Vortragsdispositionen an den Zentralvorstand einzufenden.

Mitgliedsbuch gestohlen!

Dem Kameraden Arthur Ulbricht (Buch-Nr. 54282) wurde auf der Arbeitsstelle Waldheim im Zahlstellengebiet Frankenberg i. S. sein Verbandsbuch gestohlen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Der Zentralvorstand.

Rassengeschäftliches.

Exitung.

In der Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1925 gingen nachstehende Beträge beim Unterzeichneten für die Zentralkasse ein: Aachen 224,55 M, Aalen i. Würt. 281,20, Aalen i. Westf. 46,60, Ahrensböck 212,05, Ahrensburg 416, Aken 214,85, Alfeld 167,70, Allenstein 172,30, Alstedt 343,65, Altenburg 633,17, Altenmarkt 105,15, Altentittenbach 300, Altheide 623,30, Alt-Landsberg 37,10, Allstötting 510, Amberg 170, Andernach 18,95, Angermünde 80, Anklam 235,35, Annaberg-Buchholz 1620,06, Annaburg 220,50, Annweiler 133,90, Ansbach 539,95, Apolda 65,76, Arnstadt 640,90, Arnswalde 784,50, Artern 101,60, Aschaffenburg 250, Aschersleben 575,70, Aue 350, Auerbach i. B. 182,85, Augsburg 1033,20, Aurich 128,70, Bad Bramstedt 297,65, Bad Doberan 350, Bad Harzburg 535,35, Bad Rixingen 106,10, Bad Dönnhausen 602,50, Bad Odesloe 285,10, Bad Reichenhall 237,95, Bad Sachsa 100, Bad Schönfließ 100, Bad Tölz 209,75, Bad Wildungen 107,30, Bahn in Pomm. 186,20, Bamberg 654,85, Barby 127,70, Barmen-Elberfeld 700, Barmstedt 200, Barmstorf 141, Barth 124,40, Basbeck-Osten 196,15, Bausen 1947,84, Bayreuth 1086,55, Beckum 14,70, Beeskow 59,10, Belgard 318,60, Belgern 324,15, Belgitz 100, Bensheim-Auerbach 300, Berchtesgaden 367,50, Bergen bei Celle 186,90, Bergen auf Rügen 750,55, Berlin 13382, Berlinchen 241,25, Bernau 87,10, Berre 400,85, Bernsdorf 289,50, Bernsee 213,90, Bernstadt 88,30, Beuthen 97,65, Bevenjen 110,45, Biberach 201,40, Bielefeld 1693,85, Birkenwerder 206,55, Bischofsberg 92, Bismark 98,20, Blankenburg 160, Bleicherode 815,90, Bochum 1200, Boizenburg 388,65, Bolkshain 229,50, Bonn 241,05, Borna 750, Brake 443, Bransche 114,20, Brandenburg 612,90, Braunlage 48,75, Braunschweig 2000, Bredstedt 219,30, Bremen 43,81, Bremerförde 161,80, Breslau 2307,35, Briesg 693,60, Briesen 216,95, Brück 108,67, Brühl 81,45, Brunsbüttel 800, Brunsbüttel 141, Bückeburg 163,75, Budow 94,05, Bunzlau 1107,60, Bura-Raußa 7,10, Burg i. Dithm. 186,10, Burg auf Fehmarn 20, Bürgel 35,80, Burgdorf 320,85, Burgstädt 833,16, Bütow 158,70, Buttfeld 66,60, Bülow 137,60, Bugtehude 355,25, Calbe 70,30, Calefeld 278,45, Call 84,15, Callw 19,50, Cammer 203,50, Caid 332,30, Carolath 87,60, Cassel 4000, Celle 300, Chemnitz 5255,81, Coblenz 1141,40, Coburg 465, Colditz 438,15, Cöthen 261,85, Cottbus 486,35, Crailsheim 189,65, Crefeld 379,90, Creuzburg a. d. W. 103,80, Crimmitschau 757,75, Croppentiedt 13, Cülftrin 700, Curgaben 377,30, Daber 22,20, Dahlen 210,66, Danneberg 100,50, Danzig 3218,75, Darguhn 96,85, Darfshemen 14,45, Darmstadt 1800, Daffow 105,45, Dedebach 83, Deggendorf 121,65, Degow 259, Delitzsch 259,55, Delmenhorst 1466, Demmin 387,70, Derenburg 116,35, Dessau 429, Detmold 336,75, Deutsch-Krone 192,80, Deutsch-Lissa 500, Dinkelsbühl 248,50, Döbeln 651,40, Dölitz 210,15, Dämitz 237,85, Domschau 400, Dortmund 3740,20, Driesen 290,45, Droschteren 200, Drossen 111,05, Duisburg 3000, Eberswalde 1100,85, Eckernförde 591,90, Egeln 172,45, Eggen-

felden 290,40, Eisenhof 85,50, Eichede 106, Eilenburg 450, Einbeck 828,35, Eifenach 824,70, Eifenberg 362,90, Eisleben 418,46, Elbing 1500, Elmshorn 400, Elsterberg 300, Elbers- laufen 294,75, Emden 555, Erding 220, Erfurt 1560,50, Erkner 300, Essen 616,25, Eschlingen 196,20, Eystrup 143,90, Falkenburg i. Pomm. 115,50, Falkenstein 444,90, Fallersleben 115,70, Feldberg 123,85, Ferndorf 42,45, Feftenberg 190,25, Fiddichow 214,35, Flatow 323,90, Flensburg 754,70, Förd- heim 311,15, Forst 592,40, Förste 1525,85, Frankenberg 1540,05, Frankenhäusen 126,25, Frankfurt a. M. 6574,62, Frankfurt a. d. O. 800, Frankfurt 158,10, Freiburg i. S. 2350, Freiburg i. B. 852,50, Freiburg i. Schl. 322,35, Frei- walde a. d. O. 352,80, Freising 137,80, Freudenstadt 631,05, Freyhan 700, Freystadt 33,50, Friedberg a. Queis 454, Friedberg i. d. Neumarkt 131,35, Friedland i. Meckl. 30,70, Friedland i. Ostpr. 128,20, Friedrichshafen 10,55, Fürstenberg 420,20, Füssen 113,80, Fürstenwalde 450, Gade- busch 524,70, Gardelegen 38,30, Garz a. d. Oder 66,45, Garz a. Rügen 51,55, Gelsenkirchen 103,70, Genthin 350, Gera 1800, Gerawalde i. d. Uferm. 112,50, Gielow 40,40, Giffhorn 365, Gillerstheim 61,25, Glaueberg 12,55, Glauchau 800, Gleiwitz 1050, Glogau 498,10, Glückstadt 200, Gmünd- Schwab. 100, Gnoien 245,28, Goldberg i. Meckl. 130,40, Gold- berg i. Schl. 235,45, Göppingen 300,40, Görlich 1120, Goslar 482,55, Gottha 592, Göttingen 600, Grabow 29,10, Gräfen- hainichen 112,80, Gräfenhainichen 296,80, Gramzow 466, Greifen- hagen 69,60, Greifswald 392,45, Greiz 413,60, Grimma 494,55, Grimmen 175,20, Grotzsch-Bogau 400, Gronau in Hannover 190,30, Gronau i. Westf. 49, Groß-Bodungen 77,55, Groß-Breitenbach 393,20, Groß-Vülten 41,20, Großhain 450, Groß-Wartenberg 72,57, Groß-Zimmern 600, Grünberg in Schlesien 450, Guben 692,50, Gubrau 250, Gundersbühl 46,50, Gunzenhausen 105,60, Güstern 218,21, Güstrow 268,08, Gütersloh 201,60, Güstrow 96,75, Habelschwerdt 249, Hagen 469,50, Hainichen 129,70, Halle 580,76, Hamburg 23134,69, Hameln 800, Hamm 309,35, Hammerstein 12,80, Hantens- hüttel 63,10, Hannover 4242,63, Harpstedt 170, Harzig 131, Haynau 346,75, Heidenheim 196,90, Heilbronn 933,95, Heiligenfeld 161,10, Heilbrunn 187,30, Helgoland 398,50, Helmbrechts 279,20, Helmstedt 585, Herford 42, Hernau- burg 147,10, Herne 340,30, Hersfeld 140,25, Hildesheim 993,75, Hirschberg a. d. S. 354, Hirschberg i. Schl. 1921,90, Hof 1280, Hohenmölsen 356,63, Holzhausen 400, Holzkirchen 143,75, Holzminde 267,45, Hornburg 930, Hornburg 204,95, Hufum 316,25, Hürnen 68,65, Jaitrow 205, Jauer 267,45, Jüttein 448,55, Jena 1000, Jeknitz 171,10, Jever 150, Jümenau 320, Jümmenstadt 167,90, Joachimsthal 39,65, Jülich 469,70, Jüchze 273,40, Kahla 350, Kallberge 500, Kattenkirchen 340, Kamenz 2000, Karlsruhe 3340, Kauf- beuren 292,65, Kehl 429,90, Kehlra 6,30, Kellheim 285,65, Kellinghusen 229,70, Kempten 273,45, Kehn 164,35, Kiel 4736,33, Kirchhain 170,95, Kitzingen 121,70, Klingenthal 306,15, Klütz 75,50, Köben 25, Köln 700, Kolzig 86,10, Kö- nigshausen i. d. Nm. 383,45, Königslutter 73,45, Königsmünster- hausen 432,20, Konstanz 100, Konstanz 573,62, Köslin 185,75, Krafau 50,65, Krenmen 27,25, Kreuzburg i. Oberchl. 90,80, Kröpelin 175,94, Kulmbach 819,75, Lachendorf 100, Lahn 448,20, Lampringe 194,30, Landau 482,50, Landek 296, Landsberg a. L. 110,60, Landsberg a. d. Warthe 496, Lands- hut 770,85, Langelsheim 544,20, Langenbielau 593,55, Langenöls 426,25, Langenlusa 105,45, Lastowitz 62,65, Laffan 100, Lauban 347,65, Lauenburg a. d. E. 78,75, Lauenburg i. Pomm. 312,79, Lauf 141,45, Laufen 788,50, Leck 44,80, Leer 187,45, Lehesten 119,65, Lehn 284,50, Leipzig 2753,43, Leisnig 94,55, Lemgo 63,90, Lengenfeld 654, Lengerich 87,80, Lenzen 271, Leobschütz 17,15, Lichtenfeld 173,05, Liebenwerda 516,14, Liegnitz 2009,54, Lindau 244,70, Lindenberg 14, Lipphne 180,35, Lissa 1075,95, Lößnitz 289,77, Lotz 251,60, Lörrach 250, Löben 112,20, Löwen 66, Löwenberg 36,25, Lübbede 74,60, Lübben-Steinfirchen 41,57, Lübbenau 42,15, Lübeck 1931,36, Lüben 299,05, Lübbchen 100, Lübz 239,75, Luda 168,08, Ludau 57,10, Ludekwalde 400, Lüdenscheid 181, Ludwigslust 177,80, Lüneburg 403,20, Lützenburg 129,95, Lützen 487, Lyden 320, Magdeburg 1291,41, Mainzburg 75, Mainz 3527,90, Malchin 30,75, Mal- deuten 238,10, Mannheim 4500, Marburg 106,95, Marg- grabowa 137,15, Marienburg 27,30, Marienfließ 110, Marien- walde 64,60, Marklissa 239,80, Marktredwitz 97,45, Marne 94,70, Meiningen 65,60, Meldorf 134,10, Memmingen 175,05, Meuselwitz 507,33, Miesbach 467, Miltitz 893,60, Minden 185,80, Mittweida 500, Mölln 279,20, Moosburg 388,90, Mügeln 150, Mühlberg 75,05, Mühlendorf 293,30, Mühlhausen 558,15, Müncheberg 250, München 3243,61, München-Glad- bach 262,20, Munster i. Sam. 135,95, Münsterberg 219,85, Murnau 49,80, Muskau 304,80, Nagold 194,70, Namslau 138,20, Nandstadt 34,10, Nauen 400, Naugard 544,48, Naum- burg 38,70, Nebra 43,10, Neheim 54,45, Neife 533,10, Nerdau-Freiberg 267,95, Neubrandenburg 89,45, Neubarn 357,95, Neugersdorf 1500,80, Neuhaldensleben 430, Neuhaus a. d. Elbe 37,15, Neukloster 139,96, Neumarkt 300,40, Neu- münster 484,22, Neurode 654,85, Neurruppin 686,90, Neu- salz 150, Neuz 60,40, Neustadt b. C. 338,70, Neustadt in Holstein 74,20, Neustadt in Meckl. 110,30, Neustadt a. d. Orla 474,50, Neustädtel 112,50, Neustettin 193,40, Neumede- 82,55, Neuwied 85, Neuzelle 200, Niemeß 107,45, Nienburg a. d. Saale 737,25, Nießky 610, Nikolaiken 80,70, Nimpf- 48,60, Norden 117,90, Nordgermersleben 63,50, Nordhausen 836,45, Nordhorn 428,50, Nördlingen 330,70, Nörten 43,50, Northem 182,30, Nossen 66,09, Nürnberg 1653,55, Nürtingen 448,50, Obermarschacht 136,75, Oberneufirch 739,80, O.L. nigt 169,90, Oderberg 156,40, Oels 504, Oels- nitz 235, Offenburg 154,85, Ohlau 209,05, Oldenburg 320, Opp-In 823,90, Orlitzburg 100, Oshag 429,55, Oshersleben 47,75, Osterburg 131,69, Osterode 33,50, Ostermied 109,50, Otterndorf 363,60, Odraborn 73, Palmnicken 103,30, Parchim 150,70, Parchwitz 182,50, Partenkirchen 55,70, Pajewall 117,40, Passau 663, Patschka 135, Peine 178,60, Peiserwitz 735,90, Peitz 62,45, Penig 361,90, Penzig 400, Perleberg 516,15, Pfaffenhausen 276,90, Pforzheim 235,15, Pflaßfeld 65,35, Pinnberg 543,70, Pinnow 80,25, Plathe 206, Plau 68,30, Plauen 2200, Plön 104,25, Plözin 149,30, Plösch 600, Prenzlau 133,50, Preßlich 24,90, Preußisch-Ghlau 103,99, Preußisch-Friedland 72,15, Prien 70,05, Pritzwalk 130,65, Pulkitz 20, Pylitz 600, Quedlinburg 135,10, Querfurt 390,60, Radolfzell 315,10, Radhen 92,50, Raftenburg 1040,15, Rabe- burgh 25, Rabeburg 250, Rauden 44,70, Ravensburg 356, Reck 99,80, Regensburg 693,90, Regenthin 100, Regenwalde

10, Regis 158,26, Rehau 300, Reichenbach i. Schl. 243, Reichenbach i. B. 448,45, Reichenbach 215,80, Reichenstein 154,90, Remscheid 201,90, Rendsburg 1000, Reppen 104,39, Reutlingen 601,55, Rheine 30, Rheinsberg 103,70, Nichten- berg 131,50, Rieja 494, Röbel 79,26, Ronneburg 393,85, Rosen- berg in Oberchl. 80, Rosenheim 569,85, Roslau 134,45, Rog- wein 500, Rostock 1059,57, Rotenburg a. d. Fulda 50, Roten- burg i. Hann. 276,35, Roth b. Nürnberg 430,75, Rötha 500, Rothemühl 59,75, Rothenburg o. d. L. 165,45, Rottweil 34,75, Rudolstadt 398,31, Rügenwalde 281, Saalfeld a. d. E. 102,30, Saarbücken 1754,40, Sachfenhagen 93,97, Sachwitz 380,75, Saagan 400, Salzhäusen 117,85, Salzaufen 141,05, Salzungen 260, Salzweil 125,05, Sand 298,35, Saßnitz 714,50, Satow 61,90, Sechhausen i. d. Altmark 53,41, Seelow 110, Seesen 570,50, Seidenberg 345,90, Seib 349,40, Semb 159,25, Senftenberg 1000, Seyda 37,10, Siegen 50, Sohland 467,85, Soldin 302,50, Solingen 358, Soltau 226,55, Sommerfeld 212,45, Sondershausen 175, Sonneberg 175, Sorau 515,80, Speyer 125,30, Spremberg 233,05, Springe 639,50, Spottau 691,35, Suhl 210, Swinemünde 368,70, Schemlingfeld 106,75, Schildau 331,95, Schleich 9,75, Schladen 149, Schlawa 120,65, Schleich 424,35, Schleswig 187,15, Schlei- fingen 200, Schlochau 143,30, Schmieberg 84,10, Schmölln 680, Schneidemühl 339,45, Schneeverdingen 83,95, Schönau 297, Schongau 95,35, Schönheide 120,70, Schöningen 72,80, Schoppeheim 83,75, Schwanndorf 191,20, Schwarzenbach 542,25, Schwarzenbek 121,70, Schwarzenberg 700, Schwedt 151,95, Schweidnitz 1164,85, Schweinfurt 1031,20, Schwemmen 300,70, Schwiebus 256,40, Stade 268,35, Stadthagen 384,10, Stadtholendorf 348,20, Stadroda 420, Stargard i. Pomm. 158,25, Staffort 371,35, Stabenhausen 161,40, Steinach 96,35, Steinau 63,35, Steinbergen 118, Stendal 87,50, Stepe- nitz 54,55, Sternberg i. Meckl. 246,20, Sternberg, Bezirk Frankfurt a. d. O., 76,20, Stettin 3000, Stollberg 500, Stolz 704,45, Storfow 89,91, Straßburg 250, Straßburg in der Ufermark 104,80, Straubing 453,40, Strausberg 75,10, Strebla 130, Streblen 260,10, Striequau 395,35, Stuttgart 2800, Tangerhütte 67,55, Tangermünde 183,95, Tann 155,15, Templin 347,80, Teterow 310,18, Tefenort 367,55, Timmen- rode 84,70, Torgau 13,80, Torgelow 257,70, Tostedt 95, Trachenberg 152,45, Traunstein 101,65, Trebnitz 651,20, Treptow a. d. Rega 180,60, Treptow a. d. Tollense 191,80, Treuenbrieten 70, Triebel 249,20, Trier 250, Trittau 110, Trosdorf 225,40, Tübingen 402,50, Tuttingen 160,40, Ueberlingen 189,15, Ulzen 500, Ueterfen 730, Ulin 951,45, Ulfingen 312,55, Varel 285,55, Velbert 86, Velden 101,85, Verden 332,50, Viernburg 252,85, Vierzehn 143, Waldenburg in Schlesien 4100, Waldheim 448,55, Waldendorf 137,35, Walzode 110, Wangen 104, Wanne 118,25, Warin 88,50, Warnemünde 115,95, Wartenfels 98,20, Wasserburg 78,90, Weferslingen 155,70, Wegeleben 78,05, Weida 165, Weißburg 58,60, Weimar 522,85, Weisenburg 150,02, Wendisch-Bri- born 84, Werda 800, Werder 600, Wernuchen 363,65, Weßermünde 1570,15, Weßelburen 117,85, Weßerland 400, Wetter 30, Wiersbinnen 170,50, Wiesbaden 1300, Wilddab 142,20, Wildeshausen 111,45, Wilhelmshaven 418, Wilster 285,55, Winfen a. d. Aller 264,85, Winzig 50,18, Wismar 455,95, Wittenberge 309,30, Wittenburg 229,65, Wittingen 109,40, Wittenhausen 126,25, Woblan 601,10, Wolbeck 45,23, Woldenberg 57, Wolfenhausen 163,70, Wollin 84,70, Worms 160, Wriezen 297,50, Wunfiedel 374,55, Würzburg 1166,75, Wurzen 1016,45, Wusterhausen 171,25, Zäckel 34, Zahna 124,43, Zarenzin 55,60, Zehdenitz 213,25, Zeitz 1488,35, Zella-Mehlis 50, Zerbst 319, Zeruldena 106,40, Ziebingen 268,75, Ziegenhals 70,70, Ziegenrück 48, Zielentz 468,35, Zittau 2925,69, Zöbzig 140,87, Zoffen 440,28, Züllichau 395, Zwenkau 111,50, Zwickau 1782,66, Zwönitz 460 Einzel- zahl der Hauptkasse 81,20, Unterstützungskasse 1732,50, private Inverate 7,50, Literatur 62,70, Diverfes 124,40.

In der Zeit vom 1. bis 31. Oktober gingen folgende Belege bei der Hauptkasse ein: Annaberg 90 M, Berlin 2142,70, Bremen 1117,01, Breslau 1121,55, Bütow 50, Calefeld 234, Cassel 334, Chemnitz 2371,92, Danzig 609,32, Delitzsch 41,25, Dessau 15, Dort- mund 438,20, Dresden 2019,56, Driejen 102,75, Duisburg 449,28, Düsseldorf 62,40, Elbing 105, Effen 443, Franken- hausen 35, Frankfurt a. M. 888,73, Freiburg i. Schl. 40, Gleiwitz 1059,48, Gollmow 75, Groß-Zimmern 127,50, Gabel- schwerdt 47,50, Halle a. d. Saale 892,30, Hamburg 1654,64, Hannover 402,72, Harzigfeld 16, Hildesheim 35, Hirschberg in Schlesien 63,75, Hornburg 63,75, Kamenz 613,70, Kiel 423,97, Köln 720, Königshausen i. Br. 679,70, Kronach 242,88, Lauen- burg i. Pomm. 1,35, Leipzig 2645,20, Lobenstein 55, Lübeck 1159,40, Lützen 35, Magdeburg 724,15, Mainz 52,50, Mann- heim 1021,30, Moosburg 105, München 979,44, Neurruppin 78,75, Neusalz 105, Neustadt a. d. Orla 35, Neustettin 75, Nürnberg 1416, Ohlau 85, Passau 195, Regensburg 208,50, Regenwalde 36, Reichenbach i. Vogtl. 10, Röhra 22,50, Rostock 45, Saarbücken 289,55, Senftenberg 677,89, Sigen 20, Schmölln 26,25, Schneidemühl 82,50, Stade 55,50, Stettin 582,20, Straßburg 12,75, Stuttgart 840,20, Waldenburg in Schlesien 700,40, Walzode 30, Weßermünde 672,30, Wil- helmshaven 112,50, Würzburg 80, Zeitz 88,70, Zittau 791,52.

Quittungen über Erwerbslosenunter- stützungen gingen in folgenden Beträgen ein (die Beträge über Krankenunterstützung sind mit einem Stern [*] bezeichnet): Aus Aachen 72 M, *13,90, Ahrensböck 24, Aken 10, Allstedt 73,35, *21, Altenburg 45,10, *33,90, Amberg 23,25, Ansbach 37,05, Annaberg-Buchholz *12,55, Annaburg *9, Ansbach *28,10, Aschaffenburg *24, Aschersleben 22,50, *25,60, Augsburg 96,30, *96,65, Bad Doberan 6,50, *5,20, Bad Dönnhausen *39,90, Bad Sachsa *28,80, Bad Schönfließ 19,20, Bahn 14,40, Barby 50, Barmen-Elberfeld *61,40, Bartenstein 42,90, Bärwalde 36, Bausen 23,05, *48, Belgern *4,50, Bensheim 11,70, *18, Berchtesgaden 154,20, Berlin 289,95, *1298,80, Bernburg *27, Berne 32,40, Biberach *3,60, Bielefeld *217, Bitterfeld 3,45, *33,60, Bohnin 17,40, *11,10, Bolkshain *18,70, Bonn 5,40, *46,50, Borna *21,60, Brake 44,80, Brandenburg 31,10, *48,85, Braunschweig 165,15, *78,55, Bremen 827,15, *711,70, Breslau 301,20, *595,05, Briesg *18, Brunsbüttel 12, Bückeburg 10,80, *14,40, Budow 10,80, Buer 139,65, *19,35, Bunzlau *11,30, Bura- raußa 7,20, *45, Burg in Dithmarschen *9,60, Bürgel 12, Burgstädt *40,40, Bütow 9,60, Bugtehude *23,60, Calbe 61,20, *24, Call *9, Cassel *195,90, Celle 14,75, *58,50,

Chemnitz *423,25, Coblenz 74,70, *30,50, Coburg *4,95, Colditz *3,80, Coswig *26,40, Cöthen *17,05, Crailsheim 7, Crefeld 18, *12, Kreuzburg *54,55, Crimmitschau 9, *4,50, Croßen 21, *14,30, Cüstrin *54,30, Daber 5,40, Danzig 1267, *593,70, Daffow 5,40, Deggendorf 11,40, Delmenhorst *53, Dessau *185,45, Detmold 9,20, Deutsch-Lissa 158,30, *80,50, Diepholz *15, Dinkelsbühl 3,30, Dortmund 190,65, *206,15, Dresden 41,45, *677,45, Drießen *38,40, Duisburg 676,80, *538,45, Düsseldorf 211,90, *194,95, Ederndorf *29,45, Eisenhof *9,60, Eichede *42, Eisenach *19,60, Eisenberg 14,40, *77,55, Elmshorn 18, Elsterberg *44,40, Ebershausen 4,80, Emben 10,50, *42,20, Erfurt 42, *90,75, Effen 641,20, *262, Eßtrup *13,50, Falkenstein *43,20, Feiltenberg 11,70, Fiddichom *21,60, Flensburg 34,50, *78,65, Forst i. d. L. 11,70, *3,90, Förste a. Harz 69,20, *13, Franckenberg *39,10, Franckenhausen 59,70, *36, Frankfurt a. M. *597, Frankfurt a. d. O. 63,35, Freiberg i. Sachsen *20,90, Freiburg i. B. *26,25, Freienwalde *10, Freising 15, Freyhan 12,90, Friedeberg i. d. N.-M. *20,90, Friedland i. M. 10,80, *18,90, Friedrichshafen *17,10, Fürstenwalde 11,40, *34,20, Gardelegen 11,90, Garz a. Rügen *23, Gelsenkirchen 176,90, Gera 83,20, *141,70, Gerawalde i. Ostpr. 20,40, Glauchau *18,90, Gleiwitz *28,80, Glogau *55,70, Glogau *49,15, Goldap *9, Göttingen *41,55, Görtz *95, *33,60, Goslar *13,20, Gotha *26, Göttingen *75,60, Grabow *17,10, Gräfenhainichen 15, Gräfenhainichen *14,40, Greiz *94,45, Grevesmühlen 6, Großsch.-Pegau 3,90, *6,60, Gronau in Hannover 15,40, Großbodungen 49,80, Großbreitenbach 12, Großenham 23,40, *74,10, Groß-Cirehitz *31,20, Groß-Zimmern *95,70, Grünberg i. Schl. 19,60, *25,50, Guben *44,50, Guhrau 42,30, Gürtow 20,90, *24,15, Hagau i. Westf. 53,50, *74,70, Halberstadt *87,05, Halle 57,50, *93,10, Hamburg 4346,05, *1137,05, Hameln 57, *37,80, Hamun 232,20, Hammerstein 10,80, *13,20, Hannover 132,30, *392,60, Hattungen 11,25, *11,25, Heidenheim *35,70, Heilbronn *234,30, Helmrechts *22,80, Helmstedt *32,40, Herford 5,40, *50,40, Hermannsburg *38, Herne 136,20, Hersfeld 21, Hildesheim *59,75, Hirschberg in Schlefien *173,70, Hohenmölsen *87,65, Holzminde 43,50, Hornburg, Kr. Halberstadt, 5,60, *5,60, Horeburg *21, Jena *21,20, *83,55, Jever *17, Jerslohn 68,40, *22,80, Jüterbog 9, *21,60, Kahla *32,40, Kamenz *23,10, Kattowitz 15,60, Kehl 20,10, *15,30, Kelbra 36,70, Kellinghufen *3,85, Ketzin *7, Kiel 273,10, *136,70, Klingenthal *14,40, Kolberg 30, Köln am Rhein 229, *156,05, Königsberg i. Pr. 345,75, *355,30, Königsberg i. d. Neumark *15,60, Königshütte *4,20, Königs-Lutter *18,90, Königsmusterhausen *8,10, Köslin *30,60, Kronach 7,80, Lahr in Baden 13,65, *23,10, Landsberg an der Warthe 9,60, *5,70, Langenbielau 10,80, *43,20, Langensöls 14,70, Lauenburg a. d. Elbe 25, Lauenburg i. Pomm. 16,20, *30, Laufen 40,50, *7,80, Lauterbach *11, Leipzig 361,25, *1283,40, Lengenfeld *28,35, Liebenwerda *18, Liegnitz 79,80, *15,50, Löbau 93, Löbnitz 24,60, *28,50, Loitz *16,80, Lübeck 188,30, *222,20, Lüben *10,80, Lüdenscheid 19,80, *21,60, Lüneburg 192,60, *13,20, Lützenburg *17,80, Lützen *7,20, Magdeburg 150,35, *355,95, Mainz *148,05, Mannheimsüdwesthafen *381,45, Marienwalde 7,20, Meerane *33,60, Meuselwitz 15,75, Milititz 153,30, *18,90, Minden 6,75, *26,40, Mittweida *41, Mühlberg *15, Mühlhölz 21,30, *24, Müllroße *11,90, München 3,40, *464,30, München-Gladbach 60, Muskau *62,10, Nauen 18,90, *54,60, Naugard *18,20, Neudamm 14,40, *35,20, Neugersdorf 7,70, *6, Neuhäus 10,20, Neumarkt in Schlef. *9,60, Neumünster 4 *14,40, Neurode 13,65, Neuruppin *39,60, Neufalz *5,70, Neuf 35,40, Neustadt an der Orla 4,80, Neustädtel 9,90, Neumied 34,80, Niemezt 14,40, Niesky *79,05, Nimptsch 81,60, *101,40, Norden 54,30, Nordenham 158,70, Norderny 213, *43,50, Nordhausen 25,20, *27,15, Nossen 33,40, *51,05, Nürnberg 27, *674,20, Oderberg 9,20, Orlau 154,80, *20,70, Oßernhau *49,60, Oppeln *29,10, Orlau 16,50, *9,90, Osanabrück 53,70, *21,85, Osterode 11,70, *23,40, Osterwieck 9,60, Palmnicken 5,70, Pajewitz 13,80, Pöfau *22,80, Peitzertitz 99,60, *10,80, Peitz *24, Penig *12,60, Perleberg *46,50, Pilschall 45,10, *19,80, Pinneberg 7,50, *26,10, Plauen i. V. *50,80, Pößneck *39, Poitzdam 54,60, *19,20, Prenzlau 42,15, *42, Pr.-Friedland *16,20, Prißwahl *29,70, Quedlinburg *5,40, Rathenow 30,90, *10,20, Ratzeburg *19,20, Ravensburg *33,60, Reetz 10,80, *13,50, Regensburg 6,60, *33,60, Rehaa *5,70, Rehna *21,60, Reichenbach i. B. 20,25, Reichenbach i. S. 30,90, Reichenstein 14,40, *18,60, Remscheid 12, *24, Rendsburg 35,80, *66,40, Riesa *29,85, Riesa *23,40, Rimbach 44,60, Roda *102,60, Rosenheim *35,40, Roslau *27,30, Roßdorf 15,90, *9, Saalfeld i. Ostpr. 48, *51,90, Saalfeld a. d. S. *45,15, Saarbücken 97,80, *216,30, Saalfelden *10,80, Saalungen 140,25, *24,75, Sand *11,20, Sahnitz 7,80, Seehausen, Kreis Wangelen, 24, *22,80, Segeberg *42, Seiffenberg 48,85, *99,20, Solingen *24,30, Soltau *46,80, Sondershausen 33,60, Sonneberg 6, Sorau 10,80, *10,80, Speyer *38,40, Springe *19,60, Sprottau 9, *16,50, Sulz *13,50, Sülze 3, Swinemünde 37,50, *128,10, Schildau *4,80, Schippenbeil *13,20, Schlade 68,40, Schleswig *9,60, Schleusingen *8,40, Schmiedeburg *50,40, Schmölln 9,60, Schneidemühl *3,60, Schneverdingen 22,80, Schongau *5,70, Schönlanke 11,25, Schwandorf *28,20, Schwarzburg *12, Schweidnitz 9, *45,10, Schweinfurt *59,05, Schwerin 90,60, Stade 22,05, Stadthagen *38,75, Stargard i. M. 48,60, Stargard i. Pomm. 11,70, *41,70, Starnberg in Bayern 18, Stafffurt 42,60, *30,60, Steinach 62,40, Steinberg *33,60, Stendal 22,90, Stettin 492,65, *187,15, Stollberg *45,60, Storkow 36, *32,30, Strassburg i. d. N.-M. *5,40, Strehlen i. Schl. 16,20, *37,80, Striegau *23, Stuttgart *200, Tangermünde 38,95, *15,20, Tann *13,20, Tempin *33,60, Teßin 7,20, Teterow 25,50, *12, Tilsit 15,60, *113,30, Trebnitz i. Schl. 75,30, Treptow a. d. Rega *15, Treuenbriezen *11,90, Triebel 7,80, Trier *19,65, Trittau 79,80, Troisdorf 53, Ueberlingen 6, Uetersen *14,40, Ulm 15,60, *31,20, Varel 3, *28,80, Velsert *18,90, Velten 26,30, *35,10, Waldenburg i. Schl. 303,80, *75,60, Waren *10,20, Warnemünde 16,20, Weida 9, *57,85, Weimar 16,20, *93,60, Weisenburg *12,35, Werda 8,25, *37,35, Wernigerode 23,70, Wesermünde 210,85, *117,20, Weiterland 8,10, Wiersbinnen *20,40, Wiesbaden 7,20, *188,70, Wiersdorf 56,70, *36,15, Wildbad 16,10, Wildeshausen 15,60, Wilhelmshaven 68,60, *21,60, Wülfers *15, Winjen a. d. N. 87,90, Witten a. d. Ruhr 23,85, *49,80, Wittenberg *24, Wittenberge 16,65, Witzshausen 9,60, *8,10, Wolbenberg *18,70, Wolgast 5,10, *15,30, Wollin 16, *16, Würzburg *225,35, Wurzen *32,45, Wusterhausen *9,

Barrenzin 10,80, Zeitz 55,35, *73,50, Zerbst *7,20, Ziegenrück 34,50, *52,30, Zielenzig *26,55, Zittau *96,90, Zossen 56,40, Zwenkau 5,10, *3,80, Zwickau 36,30, *86,80, Zwönitz *14,40.

Arbeitslosenunterstützungen wurden im September nach den im Monat Oktober eingegangenen Quittungen ausgezahlt für 22 026 Tage = 19 634,80 M.

Krankenunterstützungen wurden im September nach den im Monat Oktober eingegangenen Quittungen ausgezahlt für 25 492 Tage = 22 468 M.

Ueber Reiseunterstützung gingen Beträge verspätet ein: Aus Gießen 1 M., Gahm 1.

An Streikunterstützungen = Quittungen gingen im dritten Quartal 1925 ein: Aken 182,40 M., Altenburg 60,60, Altenstein 258,70, Allstedt 1446,99, Altenburg 138,18, Alttheide 210,40, Annaberg-Buchholz 573,84, Annaberg 1052,85, Apolda 77,70, Arnswalde 126,35, Aschersleben 2630,95, Aue 2604,85, Auerbach 1737,35, Bad Doberan 1809,33, Bad Lausitz 404,29, Ballenstedt 63, Warby 667,35, Bartenstein 1067,45, Barth i. P. 99,95, Bauen 4263,30, Beelitz 1131,15, Beeskow 14, Belgero 2632,50, Benschheim 670,50, Berlin 153 806,95, Bernau 3799,10, Bernburg 2938,95, Biesenthal 447,05, Birkenwerder 1330,80, Bischofsburg 52,40, Bismark 1403,80, Bitterfeld 5358,85, Boizenburg 497,20, Borna 3788,18, Brandenburg 3652,90, Brandis 441,55, Braunsberg 37,20, Braunschweig 361,55, Bremen 43, Breslau 339,20, Brieg 187,20, Briesen 62,50, Brück 837,48, Brüel 381,34, Brunschwitz 730,20, Burgstädt 3185,86, Bülow 324,70, Calbe 2226,85, Cammer 917,25, Canth 17,25, Cassel 13 206,80, Celle 19, Chemnitz 19 469,75, Coblenz 2579,40, Colditz 828,50, Coswig 2025,95, Cöthen 3027,60, Cottbus 129,20, Kreuzburg 12, Crimmitschau 3079,15, Creppenstedt 250,80, Croßen 97,75, Cüstrin 324,30, Cuzhoben 15, Dahlen 2292,50, Danzig 1169,72, Dargun 295,08, Darfheimer 7,65, Darmstadt 140,60, Dassel 121,60, Delitzsch 2518,30, Derenburg 111,60, Dessau 4560,43, Deutsch-Lissa 44, Döbeln 2447,60, Dresden 121 772,70, Drießen 533,30, Droßitz 732,65, Duisburg 64,50, Düren 42, Düsseldorf 558, Egel 287,15, Eichenhölz 54,75, Eichede 43,80, Eilenburg 2814,35, Eisenach 573,50, Eisenberg 487,20, Eisleben 1747,94, Eiling 1797,20, Elsterberg 1131,75, Erkner 553,25, Eßen 13,20, Erdkühnen 420,80, Falkenstein 1461,35, Felberberg 682,44, Franckenberg i. S. 6189, Franckenhausen 67,20, Frankfurt a. M. 23, Freiberg i. S. 6378,25, Freiberg i. Breisgau 2433,67, Freyhan 11,15, Friedland i. M. 1291,90, Fürstenaue 425,15, Gadebusch 934,25, Gardelegen 736,20, Genthin 1212,65, Gera 97,60, Geringswalde 294,40, Gerwalde 155,45, Gielow 190,80, Glag 806,65, Glauchau 4084,05, Gleiwitz 31,50, Gneien 759,90, Goldap 234,25, Goldberg i. Medlb. 541,76, Görtz 16,50, Gotha 43,20, Grabow 601,25, Gräfenhainichen 235,40, Gransee 307,80, Greiz 623,05, Grevesmühlen 1620,20, Grimma 2139,38, Großsch.-Pegau 3704,20, Großenhain 4785,40, Großbreitenbach 10, Gr.-Neuendorf 788, Gr.-Webern 1080,80, Grünberg i. Schl. 1540,30, Guben 34, Gumbinner 2986,90, Gundersweier 468,54, GutsMuths 1525,11, Gützkow 215,80, Gabelschwitz 14,70, Hagenuau 586,75, Hagenuau 1014, Hainichen 1260,60, Halberstadt 4487,44, Halle a. d. S. 21 628,54, Hamburg 153,40, Hann.-Münden 1303,65, Heilbronn 61,20, Herne 0,70, Heitstedt 1164,90, Hirschberg a. d. E. 172,25, Hof i. B. 1876,43, Hohenmölsen 4816,80, Husum 100, Jechitz 1318,30, Jüterbog 4926,45, Johannsburg 215, Jorksdorf 869,10, Jüterbog 160,05, Kahla 32,30, Kalkberge 554,40, Kamenz 8712,65, Karlsruhe 6862,42, Kattowitz 85,90, Kehl 1862,45, Kelbra 25,20, Ketzin 92,40, Kirchhain 471,20, Klingenthal 389,65, Klötze 1347,86, Klütz 1163,45, Königsberg i. Pr. 11 808,95, Königshütte 70,70, Königsmusterhausen 4343,45, Konstanz 999,33, Krakow 252,50, Kremmen 858,30, Kröpstin 1381,45, Laage 266,76, Labiau 585,30, Lahr i. B. 345,80, Landsberg a. d. W. 246,40, Langensöls 451,70, Lauban 106,80, Lehnitz 346, Leipzig 86 413,65, Leisnig 1560,60, Leitbau 571,60, Lengenfeld 834,69, Liebenwerda 566,40, Lübau 1767,40, Leuburg 77,40, Lörrach 1685,53, Lübben-St. 2105,85, Lübeck 41,20, Lüthchen 399,70, Lübz i. M. 1166,75, Luda 767,70, Lützen 3638,30, Lützen 168,47, Lych 1587,60, Magdeburg 20 507,24, Malchin 335,33, Malchow 737,30, Maldeuten 226,65, Mannheim 25 491,66, Marburg 112,50, Marienburg 5608,95, Marienfließ 39, Marienwerder 318,35, Marlow 229,30, Meerane 1581,10, Merseburg 2575,37, Meuselbach 148,20, Meuselwitz 681,97, Milititz 48,85, Mitzew 496,92, Mittenwalde 346,05, Mittweida 823,59, Mochungen 976,10, Mügeln 1285,40, Mühlberg a. d. Elbe 1185,91, München-Gladbach 27,60, Münster 4, Muskau 124,20, Nauen 689,35, Naumburg 2025,35, Nebra 689,70, Neidenburg 224,80, Neiffe 18, Neißau 692,20, Neubrandenburg 404,70, Neubrück 2032,72, Neudamm 373,30, Neugersdorf 3693,68, Neuhaldensleben 1185,60, Neuhäus a. d. E. 3, Neufalen 273,50, Neukloster 39,29, Neuruppin 558,50, Neustadt i. M. 642,60, Neustrelitz 2039,25, Neuzelle 113,30, Nienburg a. d. S. 56,10, Niesky 40, Nordenburg 298,65, Nordgermersleben 205,40, Nordhausen 100,80, Nossen 2408,86, Oberneukirch 2490,45, Oderberg 79,60, Oelsnitz 1293, Oßernhau 460,40, Oranienburg 4273,75, Oschab 1135,40, Dichtersleben 111,60, Osterburg 1152,01, Osterode 1780, Osterwieck 354,77, Palmnicken 38,60, Parchim 388, Peitz 66, Penig 651,75, Penzig 74,80, Penzlin 1568,90, Pforzheim 1167,30, Plau i. M. 644,85, Plauen i. B. 13 521,30, Poitzdam 13 767,70, Plön 75,80, Pöbgnitz 323,25, Prenzlau 139,98, Preetz 83,40, Pritz 41,40, Quedlinburg 1258,40, Querfurt 2788,40, Radolzfell 332,93, Rastenburg 2800,50, Raseburg 41,40, Regis 643,20, Rehna 117, Reichenbach i. Vogtl. 4612,30, Reichenbach i. S. 106,50, Ribnitz 465,80, Riesa 7647,15, Riesa 264,90, Rimbach 441,45, Röbel 1113,63, Rochitz 512,40, Röhrda 631,44, Rothenburg i. Ostpr. 674,50, Roslau 1281, Roßwein 3345,75, Roßdorf 5807,28, Rötze 952,12, Saalfeld 169,10, Saarbücken 49,50, Sand 2720,25, Sandom 120,57, Seehausen i. d. Altm. 462,45, Seehausen-Wangelen 51,50, Senftenberg 1887,24, Sensburg 3060, Seyda 123,30, Sengen 2562,20, Seoland 2968,60, Spremberg 93,60, Sülze 384,73, Schildau 1089,85, Schippenbeil 326,10, Schivelbein 373,80, Schkeuditz 4075,45, Schleiz 148,40, Schmiedeburg 378,35, Schmölln 311,55, Schönberg i. Medlb. 578,20, Schönheide 118,35, Schoppsheim 49,20, Schwaan 1802,63, Schwarzenberg 1727,92, Schwedt a. d. O. 529,85, Schwenningen 269,20, Schwerin i. M. 4900,80, Stallupönen 851,40, Stargard i. M. 1014,95, Stafffurt

3363,45, Stavenhagen 1026,25, Stendal 1090,70, Sternberg i. Medlb. 815,63, Stettin 76,80, Stollberg 1376,17, Storkow 616,15, Strauberg 216,60, Strebla 1141,35, Stuhm 173,70, Stuttgart 63,10, Tangerhütte 213,70, Tangermünde 1242,35, Tappiau 1336,95, Teßin 1206,69, Teterow 1783,28, Tilsit 4373,45, Torgau 905,08, Torgelow 82,40, Trebnitz 1127,90, Trebnitz 20,25, Treptow a. d. E. 75, Treuenbriezen 49,40, Ueberlingen 116, Velten 1838,72, Waldenburg i. S. 494,35, Waldheim 2117,35, Waren i. Medlb. 805,80, Waren i. M. 613,35, Wernigerode: 800,08, Werschingen 669,59, Wehlau 163, Weisenburg 434,38, Weisenfels 2311,80, Wend.-Pribrorn 468,60, Werda 3554,26, Werder a. d. E. 1365,69, Wernau 292,05, Wernigerode 3437,58, Wesermünde 125,50, Wiersbinnen 63,30, Wismar 1307,42, Wittenberg 1608,90, Wittenburg 59, Witzshausen 137,55, Woldegk 727,47, Wurzen 434,40, Bäder 480,14, Johna 215,57, Zarenzin 264,23, Zehdenitz 166,60, Zeitz 5152,70, Zerbst 1944,66, Zeulenroda 120, Ziebingen 124,70, Zittau 17 811,75, Zörbig 589,90, Zossen 2188,85, Züllichau 118,42, Zwenkau 2340,85, Zwickau 13 836,55, Zwönitz 10,15.

Vorschüsse zum Zwecke der Streikunterstützung wurden in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober an folgende Zahlstellen versandt: Bartenstein 750 M., Elbing 4300, Eßen 1200, Erdkühnen 350, Gumbinnen 2500, Hagenau 340, Hann.-Münden 1500, Jüterburg 5000, Johannsburg 120, Jorksdorf 1200, Klütz 100, Königsberg i. Pr. 8000, Labiau 550, Lahr 150, Lych 1300, Marienburg 3000, Marienwerder 200, Mochungen 800, Neidenburg 80, Nordenburg 100, Osterode 1600, Rastenburg 1900, Riesa 150, Saalfeld i. Ostpr. 100, Sensburg 1600, Stallupönen 790, Stuhm 40, Tappiau 1750, Tilsit 3100, Wehlau 50.

Vorschüsse zum Zwecke der Erwerbslosenunterstützung wurden in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober an folgende Zahlstellen versandt: Buer 200 M., Crefeld 500, Lauenburg a. d. Elbe 50, Neumied 80, Nimptsch 100, Norderny 100, Riesa 40.

Anmerkung: Nachmals weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß Vorschüsse zum Zwecke der Auszahlung von Erwerbslosenunterstützungen nur versandt werden, wenn eine mit drei Namensunterschriften von Zahlstellenvorstandsmitgliedern und dem Zahlstellenkassenabrunder versehenen Vorschußbestellkarte bei der Hauptkasse eingegangen ist; andere Gesuche um Vorschußleistungen können nicht berücksichtigt werden. Die Vorschußbestellkarten sind von der Hauptkasse zu beziehen.

Die nachfolgenden Zahlstellen haben für das 3. Quartal eine Abrechnung noch nicht eingekandt. Die mit einem Stern (*) bezeichneten Zahlstellen haben zwar die Abrechnung eingekandt, haben aber unterlassen, den Mitgliederbestand am Schluß des 3. Quartals und die Mitgliederbewegung in dem Quartal einzutragen.

Gau Ost- und Westpreußen: Deutsch-Eylau, Johannsburg, Lych, Nordenburg, Refo. Köffel.

Gau Schlefien: Carolath, Cosel, Königshütte*, Pitschen.

Gau Pommern: Freienwalde, Schivelbein, Dribsee, Uckermark.

Gau Brandenburg: Beelitz, Biesenthal, Kyritz, Lindow, Meßeritz, Wittstodt, Züllichau, Schloppe.

Gau Provinz Sachsen und Anhalt: Cöthen.

Gau Freistaat Sachsen und Regierungsbezirk Merseburg: Röttha.

Gau Schleswig-Holstein und Oldenburg: Dahlenburg, Drochtersen, Gutin, Sulingen, Winsen.

Gau Hannover: Calfeld*, Holzminde*, Osna-brück*, Steinhagen.

Gau Thüringen: Bad Sachsa, Crawinkel, Gehren, Herbsleben, Königsee, Kranichfeld, Meuselbach, Themar, Wacha, Waltershausen, Zella-Mehlis.

Gau Nordbayern: Ingolstadt.

Gau Südbayern: Burghausen, Dießen.

Gau Hessen und Heßen-Rassau: Frieda, Rimbach, Roth, Wetter.

Gau Württemberg: Calw, Ebingen, Eßlingen, Geislingen, Dehringen, Sigmaringen.

Gau Rheinland-Westfalen: Borghorst, Dülmen, Remscheid*, Siegen.

Gau Baden: Landau, Pirmasens, Waldshut.

Die Zahlstellenverordnungen wie die Gauleiter werden hiermit dringend ersucht, umgehend die Einfindung der fehlenden Abrechnungen zu veranlassen. Adolf Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau 9 (Leipzig).

Daß der so industriereiche Gaubezirk 9 von den Nachwirkungen der Inflation nicht verschont bleiben würde, stand von vornherein fest. Die Gauleitung hat deshalb schon im Vorjahre Gewicht darauf gelegt, daß der Organisationsapparat aufrechterhalten blieb. Dies ist bis zu einem gewissen Grade gelungen. Am Jahreschluß 1924 war die Hoffnung berechtigt, daß unser Verband im Jahre 1925 im Gau 9 einen Aufschwung nehmen müsse, weil Ausichten auf eine gute Baukäuflichkeit vorhanden waren. Diese hat allerdings trotz der günstigen Witterungsverhältnisse später eingeseht und dann auch nicht in dem Maße, wie auf Grund der Bauverhaben erwartet wurde. Die Anzahl der arbeitslosen Mitglieder betrug im 1. Quartal im Durchschnitt pro Monat 1239, selbst Ende April waren noch 979 Mitglieder ohne Arbeit. In den folgenden Monaten hat sich die Arbeitsgelegenheit ständig gebessert, so daß eine ganze Anzahl zureisender Kameraden Arbeit im Gau gefunden haben. Von einem sogenannten Facharbeitermangel, wie er fortwährend von den Unternehmern in die Welt hinauspöfauant wird, war im Zimmergewerbe nichts zu spüren. Ueberangebot von Arbeitskräften war die ganze Saison hindurch vorhanden. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Hauptbeschäftigung unserer Mitglieder sich auf Wohnbauten erstreckte. Die Anzahl der Betonbauten war in der Berichtszeit wesentlich geringer als in den Vorjahren.

War das Vorjahr mehr der Sammlung der Trümmer, die die Inflationzeit hinterlassen hatte, und dem Ausbau der Organisation selbst gewidmet, so wurde in der Ver-

richtszeit ein großes Gewicht auf die Werbung neuer Mitglieder gelegt. Die Zahlstellen sind sehr frühzeitig aufgefördert worden, alle geeigneten Mittel anzuwenden, um die unjeren Verband fernstehenden Kameraden der Organisation zuzuführen. Außer der Verbreitung eines vom Zentralvorstand herausgegebenen Flugblattes sind von der Gauleitung Agitationsversammlungen angeleitet worden mit dem Thema: „Unser Zentralverband und die gegenwärtigen Verhältnisse im Baugewerbe“. Bei den 86 Zahlstellen, die der Gau umfaßt, und bei der Absicht, möglichst in einer jeden Zahlstelle obiges Thema zu behandeln, stand von vornherein fest, daß die Referate nicht sämtlich vom Gauleiter übernommen werden konnten. Erfreulicherweise haben die Kameraden Clement, Fröhlich, Kroneberg, Voigt, Mally und Ungetüm durch Übernahme von Versammlungen mitgewirkt. Das vorgezeichnete Programm konnte so zum größten Teil durchgeführt werden. Auch das Mitglied des Zentralvorstandes Mich. Fischer hat eine Anzahl Versammlungen übernommen. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr in 71 Zahlstellen 91 Agitationsversammlungen abgehalten, einschließlich der 11 Versammlungen, in denen ein Mitglied des Zentralvorstandes referiert hat. Für die Zahlstellen Belgern, Eibenstod, Eilenburg, Großsch-Begau, Hainichen, Querfurt, Regis-Scheuditz, Stollberg, Wurzen, Zwendau, Zwönitz waren auch bereits Versammlungen vorgelesen. Die Durchführung scheiterte aber an dem Einsetzen der Streiks und Aussperrung im Freistaat und auch in der Provinz Sachsen. Da die Beilegung des Kampfes, an dem 74 Zahlstellen des Gaus beteiligt waren, erst Anfang September erfolgte, so konnten die vorgezeichneten Versammlungen selbst im 3. Quartal nicht sämtlich abgehalten werden. Der Besuch der Versammlungen war teilweise ein sehr guter, bis auf 3 Zahlstellen, Aue, Elsterberg und Schönheide, wo die Versammlungen infolge schlechten Besuches nicht stattfinden konnten, zufriedenstellend. In Aue hat zu einem späteren Termin nochmals eine Versammlung stattgefunden, in der Kamerad Nischat referierte. Diese erfreute sich eines sehr guten Besuches. Eine zweite Versammlung hat auch in Elsterberg stattgefunden. Ein Versuch, in Markneukirchen wieder eine Mitgliedschaft zu errichten, scheiterte an der Interesslosigkeit der dortigen Kameraden. Die Stimmung in den Versammlungen kann dahingehend zusammengefaßt werden, daß allgemein darüber geklagt wird, daß die jüngeren Kameraden wenig Interesse für die Organisation an den Tag legen und schwer zu bewegen sind, einen Funktionärposten zu übernehmen. Weiter wurde es begrüßt, daß die Gewerkschaften Unterstützung wieder in Kraft getreten sei. Es sei aber angebracht, daß mit der Beitragssteigerung Schluß gemacht werde. Verschiedentlich wurden auch Stimmen laut, uns dem Baugewerksbund anzuschließen. Aus den hierzu gemachten Ausführungen konnte man entnehmen, daß ein Teil der Besizer sich der süßen Hoffnung hingibt, wenn eine besoldete Kraft die Geschäfte der Organisation führt, man sich nicht mehr zu rühren brauche. Zusammenfassend kann man mit Recht sagen, durchgängig wurden die Versammlungen begrüßt. Den Mitgliedschaften wurde so Gelegenheit gegeben, sich außer mit der Lohnfrage einmal eingehend mit dem Wesen ihrer eigenen Organisation zu befassen. Wohl kann nicht, wie vor 25 und noch mehr Jahren, berichtet werden, sondern viel Kameraden haben sich in den Versammlungen als Mitglied aufnehmen lassen. Aber wenn das zum Vortrag Gebrachte beherzigt und in die Tat umgesetzt wird, dann ist ein weiterer Aufstieg des Verbandes im Gau unaussprechlich. Daß das zum Vortrag Gebrachte nicht ganz als in den Wind gesprochen zu betrachten ist, geht aus der bisherigen Mitgliederbewegung im Gau hervor. 10 026 Mitglieder zu Beginn des Jahres, 10 331 Ende März, 11 730 Ende Juni und 11 612 Ende September. Ich habe die festeste Überzeugung in mir, wäre die Agitation nicht durch den mehr als zehnwöchigen Kampf unterbrochen, weit über 12 000 Mitglieder dürfte der Gau am Schlusse des 3. Quartals müßern. Dies geht schon aus den Einzelbeziehungsweise Neueintritten hervor, diese betragen in dem 1. und 2. Quartal insgesamt 1890; ferner, daß der schwere Kampf in diesem Jahre, den die Mehrzahl der Zahlstellen über sich ergehen lassen mußte, den einzelnen immer mehr zum Bewußtsein gebracht hat, daß in der heutigen Zeit eine geschlossene Organisation zur bitteren Notwendigkeit geworden ist. Der Schwerpunkt liegt darin, daß in den Zahlstellen alles getan wird, die Mitglieder zu halten und zu schulen, damit sie auch allen Anforderungen gewachsen sind, den der Kampf um das Dasein an sie stellt. Ganz besonders appelliere ich an unsere reisenden Kameraden, sich mehr als bisher in den Dienst der Organisation zu stellen und mitzuhelfen an dem Ausbau derselben. Ganz besonders bringe ich ihnen in Erinnerung, daß in früheren Jahren es gerade die reisenden Kameraden waren, die mit für die Ausbreitung unseres Verbandes Sorge getragen haben. Leider muß man als ehemaliger „Rechtshaffner“ feststellen, daß heute bei einem großen Teil reisender Kameraden Gleichgültigkeit Trumpf ist; sie glauben, durch ungebührliches Benehmen ihre Kraft und Macht zum Ausdruck zu bringen. G. L a u e.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Aachen, Ahlen, Bochum, Buer, Coblenz, Dortmund, Duisburg, Düren, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Hattingen, Herne, Herlohn, Lüdenscheld, Münstereifel, Paderborn, Velbert, Wanne und Witten.

Differenzen in Schneidemühl. Bei der Firma Münchow in Schneidemühl wurden plötzlich 2 Kameraden angeblich wegen ungenügender Leistung entlassen. Zwei Tage vor dieser Entlassung waren 2 Baudelegierte gewählt, aber von der Firma nicht anerkannt worden, so daß die 50 dort beschäftigten Zimmerer ohne Betriebsvertretung waren. Außerdem wurde bei einer schwierigen Dacharbeit der nötige Schutz durch Anbringung eines Fanggerüstes verlangt, aber nicht gewährt. Alles das wirkte auf sämtliche Kameraden derartig, daß nach der sofortigen Entlassung der zwei Kameraden die gesamte Belegschaft die Arbeit verweigerte. Nach anderthalbstündiger Arbeitsruhe gelang es durch Eingreifen des Zahlstellenvorstandes, diese Differenzen mit vollem Erfolg

beizulegen. Die zwei entlassenen Kameraden wurden wieder eingestellt, die beiden Baudelegierten anerkannt, die Anbringung des Schutzgerüstes sofort in Angriff genommen, sowie eine Stunde von der anderthalbstündigen ungewollten Pause gezahlt. Die Kameraden allerorts, besonders in der Grenzmark, werden daraus die richtige Lehre ziehen und geschlossen zur Organisation stehen.

Verhandlung und Vereinbarung im Unterweser-Ems-Gebiet. Am 3. November fanden in Bremen Verhandlungen statt. Sie führten dazu, daß der Schiedsspruch der Zentralen Schlichtungsstelle vom 11. Oktober durch folgende Vereinbarung ersetzt wurde: Von laufender Lohnwoche an mit Gültigkeit bis zum 31. Januar 1926 wird der Lohn für Facharbeiter in Klasse I und II um weitere 2 % erhöht. Bauhilfsarbeiter erhalten in diesen beiden Klassen 1 % Zulage.

Berichte aus den Zahlstellen.

Augsburg. Am 9. Oktober war hier eine Zimmererversammlung einberufen worden, die einen befriedigenden Besuch zu verzeichnen hatte. Der Hauptzweck dieser Versammlung war, neue Agitation und rege Werbetätigkeit für die noch dem Verbands fernstehenden unorganisierten Zimmerern zu entfalten. Als Referent war Kamerad Karl Schumann vom Zentralvorstand erschienen, der über das Thema „Unser Zentralverband im Kampfe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder“ referierte. In einem fünfviertelstündigen Vortrag brachte der Referent den Verhältnissen der vergangenen Wirtschaftsjahre und die ausgefochtenen Kämpfe in Erinnerung und zeigte ihnen, was für die Zukunft von Notwendigkeit ist, um die mit so großen Opfern finanzieller und materieller Art erkämpften Lohn- und Arbeitsbedingungen zu halten und zu verbessern. Redner verwies auch darauf, daß gerade im vergangenen Vierteljahr ungeahnte schwere Lohnkämpfe stattgefunden haben, und wie schwierig es war, den Betroffenen die Geldmittel zur Verfügung zu stellen, die unbedingt notwendig waren, um den Kampf durchhalten zu können. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der ausgeschriebene Streifondsbeitrag zur Sprache gebracht und bemerkt, daß die im Streik oder in der Aussperrung gestandenen Kameraden eine lobenswerte Disziplin und starken Kampfesmut an den Tag legten; deshalb muß auch das Solidaritätsgefühl der übrigen Mitglieder von selbst erwachen, und es ist eines jeden bollen Pflicht, seinen Streifondsbeitrag zu entrichten; denn der Nutzen kommt nicht nur denen zugute, die den harten Kampf führen mußten, sondern auch jedem andern, der in Arbeit gestanden hat. Die Notwendigkeit, daß der Zentralvorstand zu diesem Mittel greifen mußte, dürfte jedem begreiflich erscheinen, der das Organisationsleben im richtigen Sinne einzuschätzen versteht. Die Diskussion wurde in sachlichem Rahmen geführt und war im allgemeinen im Sinne des Referenten. Nach verschiedenen Anfragen konnte dann Kamerad Schumann das Schlusswort nehmen, bei dem er sich kurz fassen konnte. Im weiteren wurde die Tagesordnung fortgeführt und die Lohnverhandlungen unseres Bezirkes behandelt. Der Vorsitzende, Kamerad Egger, gab den Bericht über die Lage und über die geschichtlichen Lohnverhandlungen, die in Nürnberg stattgefunden haben. Ferner wurde zu Sprache gebracht, mehr Augenmerk auf die Bauhüttenbewegung zu wenden; zugleich wurde Beschluß gefaßt, einen selbständigen Geschäftsanteil für die Zahlstelle zu zeichnen. Auch die am Orte bestehende christliche Bauhütte wurde einer Kritik unterworfen, wobei scharfe und berechtigte Worte gesprochen wurden. Eine Frage wurde noch aufgerollt, die die Löhne der Zimmerer in der Industrie und berufsständigen Betrieben betrifft. Nach Erledigung dieser Frage wurden noch einige kleinere Angelegenheiten mit behandelt; dann konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen; er dankte dem Referenten für sein Erscheinen und für seine Worte, richtete zugleich an die Mitglieder den Appell, kräftig für die Agitation sich einzusetzen, wenn es auch manchmal schwer sei und die Bautätigkeit zur Zeit nicht gerade glänzend zu bezeichnen ist.

Gumbinnen. Am 20. Oktober fand hier im Gesellschaftshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der Kamerad Schmidt über das Ergebnis der Zahlstellenkonferenz in Königsberg berichtete. In dieser Konferenz habe die Beendigung der Kämpfe zur Debatte gestanden. Auch ein Vertreter des Zentralvorstandes, Kamerad Melzer, sei anwesend gewesen und habe über den Stand der Bewegung und des Verbandes berichtet. In der Zahlstellenkonferenz wurde der Schiedsspruch angenommen. Besondere Bedenken machten sich wegen der Reduzierung der Landgeldzulage bemerkbar, die von 1 M pro Tag auf 60 % herabgesetzt wurde. Auch in der Versammlung wurde dieses von den einzelnen Kameraden bemängelt. Anschließend berichtete Kamerad Weisböfer über die „Konsum- und Produktionsgenossenschaften“. In seinen Ausführungen schilderte er den Wert der auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage aufgebauten sozialen Baubetriebe und der Genossenschaftsbewegung. Aus den Reihen der Kameraden wurde lebhaftes Interesse über das Verhalten der Geschäftsleitung der Bauhütte anlässlich unserer letzten Bewegung geführt. Die Verhandlungen mit der Geschäftsführung in der Lohnfrage hätten zu keinem Ergebnis geführt und unsere Forderungen seien abgelehnt worden. Auch die mit dem Verbands der sozialen Baubetriebe vereinbarten Richtlinien müßten abgeändert werden. Im Punkte „Verschiedenes“ wurden noch eine Reihe örtlicher Angelegenheiten besprochen und geregelt. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Zentralverband wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Kiel. Im Monat September fand die übliche statistische Erhebung statt. Als Stichtag galt der 7. September. Die Berufstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahre gebessert. Ein Facharbeitermangel ist jedoch in unserem Bezirke nicht zu verzeichnen gewesen, im Gegenteil, es waren zu allen Zeiten erwerbslose Zimmerer vorhanden. Bereits im Monat September waren 60 Kameraden erwerbslos. Durch die Wirtschaftskrise in Kiel sind 50 % der noch im Vorjahre in den Großbetrieben beschäftigten Zimmerer zur Entlassung gelangt. Der Zustrom in den Beruf war dauernd ein großer. Um so unverständlicher war das Bestreben der Lokalgruppe Kiel des Arbeitgeberverbandes für

das Baugewerbe, ausländische Zimmerer und Bauarbeiter nach Kiel heranzuziehen, nach einer Stadt, wo Tausende ungelernete Arbeiter auf der Straße liegen und ein Anlernen doch gemäß möglich ist. Man merkt die Absicht. So sieht das Interesse der Unternehmer in Wahrheit aus. Statt die Schäden mit heilen zu helfen, die Kiel von allen Städten Deutschlands am schwersten mit betroffen haben, sucht man den Arbeitsmarkt noch mehr zu belästigen. Der Antrag der Unternehmer wurde in allen zuständigen Instanzen verhandelt und zurückgewiesen und in der letzten Sitzung für Zimmerer und Bauarbeiter zurückgezogen. Die vorliegende Arbeit zeigt die Festigung, den Aufstieg und Erfolg der Agitation. Wollen wir jedoch unsern alten Stand und Ruf erreichen, so muß weiter und mit größerem Nachdruck gearbeitet werden; das zeigt sich besonders für den Zweig der organisierten Konjunkturbewegung als eine der wichtigsten Aufgaben, die die Gewerkschaft mit zu fördern hat. Die Zahlen des Vorjahres sind zum Vergleich in Klammern gesetzt. Der Mitgliederbestand betrug 945 (880). Die Zahl der organisierten Lehrlinge 120 (88). Von den Lehrlingen befinden sich 43 im ersten, 52 im zweiten und 45 im dritten Lehrjahr. Nach langen Bemühungen gelang es, für die Lehrlinge vom 15. Oktober ab eine Lohnerhöhung zu erringen, so daß der Stundenlohn jetzt 20, 25 und 45 % beträgt. Verschiedene Unternehmer sind dazu übergegangen, ältere Lehrlinge einzustellen, die höher entlohnt werden. Ob diese Maßnahme dazu dienen soll, billige Arbeitskräfte heranzuzüchten und ob damit der handwerksmäßigen Durchbildung gedient ist, ist jedenfalls sehr zweifelhaft. Alle Erfahrungen zeigen, daß kein Lehrling auch nur eine Stunde länger beschäftigt wird, als das Lehrverhältnis dauert. Die Organisationsvertreter hören bei Verhandlungen oftmals von mangelhaften Leistungen. — Von den 825 Gesellen waren 718 gleich 87 % verheiratet und 107 = 13 % ledig. Es wurden 302 Familien mit Kindern und 416 Familien ohne Kinder gezählt, im Durchschnitt auf jede Familie 2,9 Kinder. Von den 825 Mitgliedern waren 548 im Berufe beschäftigt. Im Berufe außerhalb des Zahlstellenbezirkes arbeiteten 31, 157 Kameraden waren außerhalb des Bezirkes tätig; hiervon waren 62 erwerbslos, 22 krank, 36 (15) sind invalide. In sämtlichen Werftbetrieben wurden 88 (152) Kameraden beschäftigt. Seit dem 5. September sind weitere Entlassungen erfolgt. Im Betriebe der Reichswerke wurden 14, Germaniawerft 33, Howaldt 33, Steeds & Kolbe 1, Arsenal 5 Mitglieder gezählt. In verschiedenen sonstigen Betrieben fanden 60 Kameraden Beschäftigung. Der Verwaltung war es daher nicht möglich, die berechtigten Wünsche unserer verwandten Berufsgenossen auf Unterbringung im Baugewerbe zu fördern. Nur in vereinzelten Fällen und fürgerer Dauer ist es gelungen. Die 548 im Berufe tätigen Gesellen verteilen sich auf die ermittelten 113 Arbeitsplätze wie folgt:

50 Plätze beschäftigten je 1 bis 2 Gesellen =	74
33 " " " " 3 " 5 " =	129
15 " " " " 6 " 10 " =	115
15 " " " " 11 " 22 " =	230
113 Plätze beschäftigten insgesamt Gesellen	548

Überwiegend im Baugewerbe sind die Kleinbetriebe. Es feierten im 1. Quartal 1925 durchschnittlich 190 Mitglieder, im 2. durchschnittlich 55 und im 3. Quartal durchschnittlich 36 Mitglieder; im Monat Oktober aber bereits wieder 65 Kameraden. Politisch Organisierte sind 413 (380) gezählt worden, als Leser der Arbeiterpresse bekannten sich 463 (415) Kameraden. Als Mitglieder des Konsumvereins 405 (400), das sind 66 % der Verheirateten. Wenn auch ein langames Aufsteigen festzustellen ist, so kann das vorliegende Resultat nicht befriedigen. Verbands- und Parteibuch mit Quittung der „Volkszeitung“ muß wie früher ein unverbrüchlicher Bestand eines jeden Kieler Zimmerers sein. Das Zahlstellengebiet erglückert sich in 3 Lohngebiete. Lohngebiet I: Kiel mit der Außenförde. Lohngebiet II: Preetz, Boorde und Bordesholm. (Preetz bezieht 3 % Sonderzulage). Lohngebiet III: Schönberg. Die Stundenlöhne gestalteten sich wie folgt:

	Lohngebiet I	II	III
Vom 1. bis 7. Januar 1925	82 %	72 %	67 %
" 8. Januar bis 6. Mai	87 " "	77 " "	71 " "
" 7. bis 14. Mai	89 " "	89 " "	83 " "
" 15. Mai bis 16. Juli	104 " "	92 " "	86 " "
" 17. Juli bis 14. Oktober	107 " "	96 " "	89 " "
" 15. Oktober bis 31. Jan. 1926	109 " "	97 " "	90 " "

Möge das vorliegende Resultat der Kameradschaft als Unterlage dienen zu neuer erfolgreicher Tätigkeit. An die Arbeit!

Marienburg. Am 20. Oktober fand unsere Mitgliederversammlung statt, in der über den Gang der letzten Verhandlungen und den am 15. dieses Monats gefällten Schiedsspruch Stellung genommen wurde. Der Vorsitzende berichtete, daß am 15. Oktober folgender Schiedsspruch gefällt worden ist, der für Marienburg lautet: Für Lohngebiet I a 86 % und 1 % Gehirnzulage. Die Lehrlingslöhne betragen im ersten Jahre 17 %, im zweiten Jahre 33 % und im dritten Jahre 50 % des Gesellenlohnes. Ferner wurde die Landzulage von 1 M pro Stunde auf 60 % herabgedrückt. Es wurde von einzelnen Diskussionsrednern hervorgehoben, daß für eine fünfjährige Aussperrung der Schiedsspruch sehr gering ist. Aber auf Grund der schlechten Konjunktur und da die Jahreszeit in Betracht gezogen werden muß, mußten wir uns eben dem gefällten Schiedsspruch fügen und die Arbeit aufnehmen. Die Unternehmer teilten mit, daß die Lehrlinge nicht eingestellt werden sollten. Da aber die Lehrlinge an der Aussperrung beteiligt waren, war es unsere Pflicht, ihnen zur Wiedereinstellung zu verhelfen. Die Arbeit wurde nicht eher aufgenommen, bis die Lehrlingsfrage mit den hiesigen Unternehmern geregelt war. Der Vorsitzende teilte den Unternehmern mit, daß laut Schiedsspruch vom 15. Oktober beiderseits keine Maßregelungen stattfinden dürfen und die Arbeit in aller Kürze aufgenommen werden soll. Somit ist der Streit beziehungsweise die Aussperrung aufgehoben, und am Donnerstag, 22. Oktober, wurde die Arbeit aufgenommen. Außerdem fand am 10. September 1925 unsere erste Lehrlingsversammlung statt, in der beschlossen wurde, daß die Lehrlingsversammlung jeden ersten Mittwoch im Monat stattfinden soll. In Verschie-

denes" wurde die Frage erörtert, daß die Zimmerer Marienburger den Beitritt zum hiesigen Ortskartell erklären sollen. Zur Deckung der Unkosten und Gehälter soll pro Mitglied ein Wochenbeitrag von 5 S gezahlt werden. Gegen 3 Stimmen wurde der Antrag, dem Kartell beizutreten, angenommen.

Potsdam. Am 26. Oktober fand hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, in der der Kassierer Bericht erstattete über die Kassenverhältnisse im dritten Quartal. Weiter wurde das im "Zimmerer" veröffentlichte Gewerbegerichtsurteil besprochen, aus dem die Kameraden, soweit sie als Betriebsvertretungen fungieren, gewisse Lehren ziehen sollten. Kamerad Schuchmisch berichtete über den neuen Entwurf der Erwerbslosenversicherung; er sei von der Arbeitervereinschaft zu bekämpfen, weil er wenig Vorteile biete. Weiter wurde mitgeteilt, daß in nächster Zeit eine Regelung mit der Sektion der Stabbodenleger erfolge; mit dem Vorstande des Holzarbeiterverbandes in Berlin sei schon Rücksprache genommen worden. In dem ausführlichen Kartellbericht wurde bemängelt, daß für die Unterbringung unserer reisenden Kameraden wenig gesorgt sei. Hier mußten Änderungen eintreten. Einer Erhöhung der Kartellbeiträge wurde zugestimmt unter der Voraussetzung, daß die Unterstützung des Kulturkartells eine bessere werde. Zum Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß unsere Weihnachtsfeier im "Hoffjäger" stattfinde. Alle Kameraden sollten sich an dieser Feier beteiligen. Es wurde eine Kommission gewählt, die alle Vorarbeiten treffen soll. Mit einem Hinweis auf die nächste Versammlung wurde die Aussprache geschlossen.

Niesa. Am 28. Oktober fand eine Mitgliederversammlung statt, die in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung besser besucht sein konnte. Die Mehrzahl der Kameraden hält es eben nicht für notwendig, sobald die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt sind, die Versammlungen zu besuchen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kameraden Thomas, Hahnfeld, geehrt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kamerad Köhler, Dresden, über das Thema: "Welche Lehren ziehen wir aus den letzten Kämpfen im Baugewerbe?" Im Anfang seines Referats streifte Medner die Bewegung der Gewerkschaften vom Beginn der Inflation bis heute. Medner führte den Anwesenden vor Augen, wie der Kapitalismus sich während der Inflationszeit emporgearbeitet habe, während die Gewerkschaften erhebliche Einbuße an Mitgliedern erlitten haben. Auch unser Zentralverband sei nicht ganz verschont geblieben. Medner verweist nochmals auf den letzten großen Kampf im Baugewerbe. Unter sehr schwierigen Verhältnissen sei es unsern Vertretern gelungen, zu einem Abschluß zu kommen. In Zukunft müßten sich unsere Kameraden wieder damit abfinden, nicht mehr solche unsinnigen und unerfüllbaren Forderungen zu stellen, welche unserer Bewegung mehr Schaden als Nutzen. Weiter streift Medner die Agitation und Beitragszahlung, und betont, daß noch sehr viele Kameraden mit den Streifondsmarken im Rückstand seien, und ermahnt die anwesenden Kameraden, mit dafür zu sorgen, daß auch die säumigen Zahler ihren Pflichten der Organisation gegenüber nachkommen. Hierauf geht der Vorsitzende, Kamerad Ermer, auf die Bewegung am Orte ein und fordert die anwesenden Kameraden auf, ihr Augenmerk mehr auf die Bezahlung zu richten. Es müsse dahin gewirkt werden, daß sich auch der letzte Lehrling dem Verbands anschließt. Weiter wurde auf das mangelhafte Baudelegierteninstitut hingewiesen und auf die zu wenig ausgeführte Bücherkontrolle. Wenn alle in dieser Versammlung Anwesenden in diesem Sinne ihre Pflicht tun und die nicht anwesenden Kameraden in diesem Sinne unterrichten, dann können wir weiter kampfesfreudig in die Zukunft blicken. Anschließend wurde vom Kassierer die Abrechnung für das dritte Quartal verlesen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Baugewerbliches.

Die Bauhüttenbewegung für das Arbeiterwohnwesen von allergrößter Bedeutung. In Nummer 38 des "Magazin der Wirtschaft" beschäftigt sich der ehemalige Staatssekretär Dr. August Müller in einem Artikel "Selbsthilfe gegen Wohnungsnot" mit dem Wohnungsproblem im allgemeinen. Der Bauhüttenbewegung zollt Herr Dr. Müller in folgenden Worten hohe Anerkennung: "Auf Seiten der Wohnungskonsumenten sind die Selbsthilfebestrebungen schon sehr alt. Die Baugenossenschaften, die hier in Betracht kommen, haben aber neuerdings eine interessante Ergänzung durch die sozialen Bauhütten erfahren. Die sozialen Bauhütten sind von den Gewerkschaften im Baugewerbe errichtet worden und bezwecken den Bau von Wohnungen unter Vermeidung der Form der Produktivgenossenschaften, die sich als unzuverlässig erwiesen hat. Diese Bauhüttenbewegung ist nicht nur sozial sehr interessant, sie hat auch sehr beachtenswerte technische und wirtschaftliche Leistungen vollbracht. Wenn man sich Baugenossenschaften und soziale Bauhüttenbewegung kombiniert denkt, so entsteht ein soziales Gebilde auf genossenschaftsrechtlicher Grundlage, das für das Arbeiterwohnwesen von der allergrößten Bedeutung werden kann."

Keine staatlichen Kredite für die sozialen Baubetriebe. Am 15. April 1925 hatte, so entnehmen wir der "Sozialer Bauwirtschaft", der Verband sozialer Baubetriebe gemeinsam mit der Gesellschaft zur Förderung von Bauproduktivgenossenschaften beim Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt beantragt, beiden Organisationen für die ihnen angeschlossenen Betriebe einen Betriebskredit in Höhe von zusammen fünf Millionen Mark zu einem erträglichen Zinssatz zur Verfügung zu stellen. Der Antrag war damit begründet worden, daß die uns angeschlossenen Betriebe durch den Wegfall der während der Inflationszeit üblich gewordenen Vorauszahlungen für Baustoffe und Löhne wochenlang die Mittel für Löhne, Baustoffe und Geschäftskosten für die Bauaufträge bereitstellen müßten, was mit auf das Bestreben der Behörden zurückzuführen sei, die Zwischenkredite aus der Hauszinssteuer nur in wenigen Maren nach Fertigstellung gewisser Teile der übernommenen Bauarbeiten zu zahlen. In dem Antrag wurde darauf hingewiesen, daß für das private Unternehmertum von öffentlich-rechtlichen Stellen für die Industrie und die Landwirtschaft Kredite in außerordentlich großem Umfang zur Verfügung ge-

stellt worden seien. Da diese Betriebsmittel für Bauunternehmungen im allgemeinen von den Handwerkskammern verwaltet würden, die sie nur an selbständige Handwerker vergeben dürften, seien die sozialen Baubetriebe von dieser staatlichen Fürsorge ausgeschlossen. Schließlich wurde darauf hingewiesen, daß es das Wohl des Staates selbst erfordere, den sozialen Baubetrieben wie allen andern Wirtschaftskreisen mit Betriebskrediten zu Hilfe zu kommen, um die Bestrebungen unserer Betriebe auf Nationalisierung der Arbeit und auf Verbilligung des Bauens zu unterstützen.

Der Herr preussische Minister für Volkswohlfahrt erklärte sich — nachdem unseres Wissens der Antrag im Hauptauschuß des Preussischen Landtags verhandelt worden war — für nicht zuständig. Er gab unser Schreiben an den preussischen Finanzminister weiter. Von ihm erhielt der Verband sozialer Baubetriebe und die Gesellschaft zur Förderung von Bauproduktivgenossenschaften nach mehr als 3 Monaten folgendes Schreiben:

Der preussische Finanzminister.
Z. G. 3431. Berlin C 2, 22. Juli 1925.

Ihre von dem Herrn Minister für Volkswohlfahrt an mich weitergegebene Eingabe vom 16. April dieses Jahres habe ich dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe weitergeleitet. Z. A.: gez. Erichropel.

Nach einem weiteren Monat erklärte sich auch das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe durch folgendes Schreiben als unzuständig:

Ministerium für Handel und Gewerbe.
Berlin W 9, 17. August 1925.
Leipziger Str. 2.

Die Eingabe vom 16. April 1925, betreffend Kreditgewährung, ist an den Herrn Oberpräsidenten in Charlottenburg zur Erledigung abgegeben worden. Geheime Registratur IV. Z. A.: gez. Beer.

Aber auch der Herr Oberpräsident in Charlottenburg fand, daß für die Erledigung des Antrages eine nachgeordnete Stelle zuständig sei. Er teilte am 26. August folgendes mit:

Auf die Zuschrift vom 16. April dieses Jahres an den Herrn Finanzminister werden sie vorläufig benachrichtigt, daß die Angelegenheit an die Stadtbank Berlin in Berlin C 2, zur zuständigen Erledigung überwiesen ist. Von dort wird Ihnen nach Abschluß der erforderlichen Ermittlungen weitere Mitteilung zugehen. Nr. O. P. 10 412.

Die Berliner Stadtbank hielt sich mit langen Ermittlungen nicht auf, sondern teilte uns bereits einen Tag später folgendes mit:

Berliner Stadtbank.
Berlin C 2, 27. August 1925.
Postschloßbach Nr. 30.
Geschäftsräume: Mühlenbamm 1.
S 14, Inselstraße 6.

An den Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H.,
Ihre an das Preussische Ministerium für Volkswohlfahrt gerichtete Eingabe auf Einräumung eines Betriebskredites von 5 Millionen Mark ist uns zur Erledigung übergeben worden. Wir bedauern, dem Antrage aber nicht näherzutreten zu können.

Der Vorstand. (Unterschriften unleserlich.)
So werden Anträge von Körperschaften behandelt, die zur Verbilligung des Bauens, und vor allem des Kleinwohnungsbaues, geschaffen worden sind. Den privaten Erwerbskreisen in der Industrie und in der Landwirtschaft wurden dagegen wiederholt Millionenkredite zuerkannt. Das ist im Grunde genommen ein Skandal, der in krasser Weise beleuchtet, daß in Preußen-Deutschland auch heute noch in unerträglicher Weise mit zweierlei Maß gemessen wird, je nachdem, ob es sich um die Förderung der Gemeinwirtschaft oder kapitalistischer Erwerbskreise handelt.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Ein Großkampf in der chemischen Industrie Süddeutschlands. 35 000 Arbeiter der chemischen Industrie stehen im Lohnkampf. Sie fordern eine mäßige Lohnerhöhung. Die Fabrikanten lehnten sie ab, weil sie der nämlichen Meinung sind wie alle Unternehmer, daß höhere Löhne die Wirtschaft ruinieren und daß die Wirtschaft nur gesund könne bei niedrigen Löhnen. Deshalb wollen sie die Löhne abbauen. Diesen Abbau begründen sie mit dem Preisabbau, von dem bisher nichts zu verspüren ist, und der wahrscheinlich ein Märchen bleiben wird. Das Vorgehen der Fabrikanten ist um so verwerflicher, als in der chemischen Industrie wohl mit die niedrigsten Löhne gezahlt werden.

Die Furcht vor einem Reichsbahnbeamtenstreik. Die Aufspaltung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, die die Massen der Arbeitervereinschaft zu Lohn- und Gehaltsbewegungen treibt und insbe-ondere die Arbeiter und Beamten der Deutschen Reichsbahngesellschaft aufs tiefste beunruhigt, läßt es der Hauptverwaltung der Reichsbahn angezeigt erscheinen, wieder einmal die Frage des Streikrechtes der Reichsbahnbeamten in den Vordergrund zu rücken. Sie hat vor kurzem eine Verfügung herausgegeben, in der sie darauf hinweist, daß die Reichsbahnbeamten kein Streikrecht besitzen. Der Reichsbahnbeamte macht sich gleichfalls eines Dienstvergehens schuldig, wenn er einen Streik mittelbar dadurch unterstützt, daß er die ihm obliegenden Arbeiten nicht nach bestem Wissen und Können ausführt oder sich weigert, Arbeiterdienste zu leisten. Der Beamte sei verpflichtet, Streikarbeit zu verrichten. Einwigen Verurteilungen auf Gewerkschaftsaktionen gegenüber weist die Reichsbahngesellschaft darauf hin, daß die Satzungen des freigewerkschaftlichen Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands vom Generaldirektor noch nicht anerkannt seien. — Wir sind der Auffassung, daß die Frage des Streikrechtes der Eisenbahnbeamten nicht durch irgendwelche Paragrafen geregelt werden kann. Die Reichsbahngesellschaft ist heute ein kapitalistisches Unternehmen, das bestrebt ist, aus den Knochen seiner Beamten die höchsten Profite herauszu-

wirtschaften. Es muß ihnen deshalb auch das Recht zustehen, eventuell mittels Streiks sich höhere Lohn- und bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Zentrale Tarifverhandlungen für das Malergewerbe sollen vom 2. bis 4. Dezember stattfinden. Die Unternehmer haben den bisherigen Vertrag gekündigt und eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt. Für die Arbeitszeit schlagen sie folgende Fassung vor: "Die Arbeitszeit beträgt ausschließlich der Pausen im Durchschnitt 48 Stunden wöchentlich, gleich 2400 Stunden im Jahre. Die bei verkürzter Arbeitszeit ausfallenden Arbeitsstunden sind in der Zeit vom 1. April bis zum 1. Oktober durch Verlängerung der Arbeitszeit nachzuholen." Der den Lohn regelnde Paragraph des Vertrages soll nach einem Antrag der Unternehmer folgenden Zusatz erhalten: "Bei voller Leistungsfähigkeit wird der Tariflohn gezahlt. Bei beschränkter Leistungsfähigkeit unterliegt der Lohn freier Vereinbarung." Ein weiterer Antrag verlangt, daß während der verlängerten Sommerarbeitszeit die neunte Arbeitsstunde nicht von dem Ueberstundenzuschlag betroffen wird. Den Ferienparagrafen wünschen die Unternehmer gestrichen, und außerdem fordern sie, daß die Arbitratororganisation einen Garantiefonds zu hinterlegen hat als Garantie gegen Tarifbruch. Die Dauer des Vertrages soll 3 Jahre betragen.

Wie ihre Anträge beweisen, sind die Unternehmer keineswegs bescheiden in ihren Forderungen. Die Aussichten für die Verhandlungen werden dadurch von vornherein stark herabgedrückt.

Für die gewerkschaftliche Freiheit! Im Hinblick auf die neuerlichen Schandtat und Gewaltmaßnahmen der Faschisten in Italien richtete das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes an den Präsidenten des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes ein Schreiben, in dem an Hand umfangreichen Beweismaterials mit eindringlichen Worten auf die Verschlimmerung der Zustände in Italien sowie auf den Widerspruch hingewiesen wird, daß "Italien einerseits am Friedensbündel des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes teilnimmt, während andererseits die italienische Regierung alles tut, um den Bürgerkrieg im Lande anzufachen". Es heißt dann in dem Schreiben unter anderem weiter: "Wenn es noch heute geschehen kann, daß die Bevölkerung in dem einen oder andern rückständigen asiatischen Lande den Despotismus aus irgendwelchen Gründen ertragen muß, scheint es uns unter der Würde eines europäischen Staates, gegen die Mehrheit seiner Staatsangehörigen Zwangsmaßnahmen in Hinblick auf das Vereins- und Versammlungsrecht anzuwenden, wie sie derzeit in Italien im Gebrauch sind. Es ist richtig, daß weder der Rat noch irgendeine andere Instanz des Internationalen Arbeitsamtes über diese Art von Würde zu urteilen hat. Was indes zweifellos im Rahmen der Kompetenz unserer Institution liegt, das ist die Obsorge für die Respektierung der im Teil XIII des Versailler Friedensvertrages festgelegten Klauseln. Von einer solchen Respektierung kann jedoch keine Rede sein, wenn die gewerkschaftliche Freiheit aufgehoben wird. In Italien haben die Verhältnisse eine derartige Wendung genommen, daß die Faschisten unter Billigung oder freundlicher Duldung der Behörden die Arbeiter zum Beitritt zu den faschistischen Organisationen zwingen. Diejenigen, die sich nicht einschreiben lassen wollen, werden mißhandelt und können keine Arbeit finden. Die Ausübung des Vereinsrechts wird in Italien darnach so aufgefaßt, daß diejenigen, die sich nicht zum Faschismus bekennen, ausgegliedert werden. Dies gilt, von etlichen Verufen abgesehen, für die Arbeiter aller Industrien. Daß die Regierung selbst bei diesen auf die Unterdrückung des Vereinsrechts gerichteten Maßnahmen die Hand im Spiele hat, geht daraus hervor, daß die Präfekten befugt sind, Kommissäre anzunehmen und diese mit der Verwaltung der Berufsorganisationen zu beauftragen. In diesem Zusammenhang scheint es uns am Platze, Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß das Gesetz über die geheimen Organisationen ganz nach dem Gutdünken der Regierung, auch auf die Gewerkschaftsorganisationen Anwendung finden kann."

Das Schreiben zählt dann eine ganze Reihe von Tatsachen auf, aus denen hervorgeht, daß die unglaublichste Vergewaltigung der persönlichen Freiheit sowie der Freiheit der Arbeiterorganisationen nicht nur von der Regierung geduldet und gefördert, sondern auch durch Dekrete und Verordnungen direkt herbeigeführt wird. Es schließt mit dem Ersuchen, die Frage auf die Tagesordnung der nächsten Verwaltungsratsitzung des Internationalen Arbeitsamtes zu setzen. Bekanntlich kam denn auch das Problem der gewerkschaftlichen Freiheit in der kürzlich abgehaltenen Sitzung zur Sprache und es wurde beschlossen, diesen Punkt auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz des Jahres 1927 zu setzen und eventuell eine die gewerkschaftliche Freiheit betreffende Konvention auszuarbeiten.

Wie kann der Gewerkschafter sparen? Die Organisationsarbeiten der Arbeiterbank sind jetzt soweit gediehen, daß der Sparverkehr unmittelbar aufgenommen werden kann. Die gebräuchlichste Art ist die Einzahlung der Spargelder auf ein Sparbuch. Die Sparkasse der Arbeiterbank stellt an jedermann Sparbücher mit täglicher und monatlicher Kündigung aus. Zur Zeit beträgt der Zinssatz für täglich abhebbarer Sparguthaben 8 % und für monatlich kündbare Sparguthaben 8 % pro Jahr. Einzahlungen auf Sparbücher können in folgender Weise getätigt werden:
1. Einzahlungen werden in den Kassenräumen der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin S 14, Wallstraße 65, von 9 bis 3 Uhr und von 5 bis 7 Uhr, Sonntags von 9 bis 1 Uhr, außerdem in der Filiale in Hamburg, Weserbinderhof 57/59, entgegengenommen. Die Sparbücher werden an den einzelnen Sparer ausgehändigt.
2. Einzahlungen können ferner mittels der in den Ortsauschüssen beziehungsweise Ortsverwaltungen erhältlichen Postsparkzahlkarten auf das Postsparkonto Berlin 3898 geleistet werden. Wenn ein Sparkonto noch nicht besteht, wird das neu ausgestellte Sparbuch den Sparern durch die Post überandt. Ist auf diesem Wege eine Einzahlung für ein bestehendes Konto geschehen, so behält der Einzahler den

Bothscheckabschnitt als vorläufige Quittung. Die Eintragung ins Sparbuch findet bei gelegentlichem Vorkommen in der Sparkasse, spätestens zum Jahreschluß bei Gutschrift der Zinsen statt.

3. Einzahlungen können auch bei den Ortsausschüssen und Ortsverwaltungen selbst geschehen.

Rückzahlungen geschehen an der Kasse der Arbeiterbank, Berlin S 14, Wallstraße 65, und deren Filiale in Hamburg 1, Wesenbinderhof 57/59; ferner leisten die Kassen der Ortsausschüsse und Ortsverwaltungen Rückzahlungen, wenn Sparbuch und Sicherungskarte in der vorgeschriebenen Weise vorgelegt werden. Die Sparer können auch das Sparbuch und die Sicherungskarte durch die Post an eine der beiden genannten Adressen senden und die Rückzahlung eines Vertrages fordern. In diesem Falle wird das Geld durch Postbankcheck, Sicherungskarte und Sparbuch durch die Post an die Sparer überandt.

Bei der Arbeiterbank in Berlin, ihrer Filiale in Hamburg und bei den Ortsausschüssen und Ortsverwaltungen werden ferner Sparkarten sowie Sparmarken in den Werten von 1/2, 1 und 2 M. ausgegeben.

Für die zu sparenden Beträge sind bei den Ortsausschüssen, Ortsverwaltungen, Betriebsob-leuten und den Arbeiterbanken Sparmarken zu kaufen und in die Sparkarte einzukleben. Rückzahlungen der auf diesem Wege gesparten Beträge erfolgen nur in der Arbeiterbank, Berlin S 14, Wallstraße 65, und in Hamburg 1, Wesenbinderhof 57/59, und nur dann, wenn mindestens 10 M. gespart sind. Die

Spararten können in den Kassenstunden vorgelegt werden oder durch die Post oder über die Gewerkschaften eingesandt werden. Die Ueberweisung der Sparbeiträge geschieht durch die Post direkt an den auf der Sparkarte bezeichneten Sparkarteninhaber.

Sobald der Gesamtbetrag der eingelebten Marken 10 M erreicht hat, kann die ersparte Summe auf ein Sparkonto übertragen werden. Bei der Vorlegung oder Ueberweisung der Sparkarte sind Name, Stand, Adresse und Sparbuchnummer anzugeben. Sollte ein Sparkonto noch nicht bestehen, so genügt der Vermerk „Für ein neues Konto“.

Die Ortsausschüsse, die Ortsverwaltungen, die Arbeiterbank und ihre Filiale in Hamburg stehen allen Gewerkschaftskollegen zur weiteren Auskunft gern zur Verfügung. Es kommt jetzt darauf an, daß alle Spargroschen der Arbeiterschaft in die Sparkasse der Arbeiterbank fließen. Ein Gewerkschaftskollege muß den andern auf die Arbeitersparkasse aufmerksam machen. Jeder Ortsauschluß, jede Ortsverwaltung muß ein Sammelbeken für die Arbeiterparkasse werden. Vereinzelt und verstreut bedeuten die Arbeitergroschen nichts, zusammengefaßt und gesammelt sind auch sie eine Macht!

Anschluß der amerikanischen Holzarbeiter an die Internationale Union der Holzarbeiter. Das Exekutivkomitee der United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America (Verband der Zimmerer und Tischler Amerikas) hat auf Grund eines vom ordentlichen Kongreß der Organisation im September 1924 gefaßten Beschlusses, den Vorsitzenden Gutcheson ermächtigt, den Anschluß an die Internationale Union der Holzarbeiter am 1. Januar 1926 zu vollziehen. Schon vor dem Kriege, und besonders seit dem Jahre 1920, hat die Internationale Anstrengungen gemacht, den dem amerikanischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verband, der eine der größten Organisationen Amerikas ist und 350 000 Mitglieder zählt, zum Anschluß zu bewegen. Für die Internationale Union der Holzarbeiter bedeutet dieser Anschluß sowohl moralisch als zahlenmäßig eine beträchtliche Stärkung ihres Einflusses. Vielleicht wird der Beitritt der amerikanischen Holzarbeiter zu ihrem internationalen Berufssekretariat auf die Dauer nicht wenig zur Schaffung festerer Bande zwischen dem amerikanischen Gewerkschaftsbund und dem I.O.W. beitragen.

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund und seine internationalen Beziehungen. An Hand der nun vorliegenden offiziellen Berichte über die Verhandlungen des Kongresses des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.) in Atlantic City geben wir nachstehend die wichtigsten Stellen der von Präsident Green an die Gastdelegierten gerichteten Ansprachen über die internationalen Beziehungen sowie die zur Annahme gelangte Resolution wieder. Green führte unter anderem aus: „Wir wissen, daß in einigen Ländern sogenannte Arbeiterorganisationen entstanden sind, deren Doktrinen in direktem Gegensatz zu den fundamentalen Prinzipien stehen, für die die amerikanische Gewerkschaftsbewegung allzeit eingetreten ist. Während wir einerseits gern bereit sind, uns Arbeiterbewegungen der ganzen Welt anzuschließen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, die nach den gesunden Grundsätzen der Demokratie, Gerechtigkeit, Rechtshaffenheit und der menschlichen Freiheit arbeiten, so lehnen wir es andererseits ab, den Preis für ein Opfer zu zahlen, das für uns bedeuten würde, daß wir unser Los mit demjenigen einer Klasse verbinden, die uns zerstören würde, wenn sie dazu in der Lage wäre. Ich möchte offen und ohne Bitterkeit sprechen, wenn ich sage, daß wir in Amerika über die Lehren des Kommunismus und der Herrschaft der kommunistischen Partei über die sogenannte russische Internationale (R. G. I.) gut unterrichtet sind und wissen, daß die von Moskau ausgehenden Einflüsse nicht darauf gerichtet sind, mit uns zusammenzuarbeiten, sondern uns zu überwinden und zu beherrschen.“

Nachdem Green darauf hingewiesen hatte, daß die Kommunisten vom Streiks zum Zwecke der unmittelbaren Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter nichts wissen wollen, sondern jede derartige Aktion als Gelegenheit zur Revolution betrachten, sagt er über die internationale Zusammenarbeit weiter: „Wir wollen jede Gelegenheit ergreifen, um Frieden und Einbernehmen auf der Welt zu fördern. Wir



Auf dem Arbeitsnachweis.

Hier ist der Ort für stille Hände.
Eheu tret' ich ein
In diese kahlen Wände,
Als müßte hier ein Friedhof sein.

Wie? Späße, Lachen, lautes Reden? ...
Das ist der Hoffnung bunt Quartier!
Zur Arbeit, Arbeit — auch ein Garten Eden! —
Die enge, ungewisse Tür.

Vielleicht! Man harret. — Es wirft die Dichter
Der Tag herein
Und leuchtet grell auf die Gesichter — —
Ist es der Wände Widerschein?

Das sind doch nicht des Lebens Farben!
Das zeichnete nicht die Natur!
In grauer Haut des Schicksals scharfe Narben,
Der Nöte faltentiefe Spur.

Und Augen! Augen ohne Seelen,
Daraus kein Strahl mehr schien,
Und andre, die in ihren Höhlen
Finster und drohend glühen.

Zu sich verkrochen, stumpf und regungslos
Wie im Erstarren,
Die leeren Fäuste in dem Schoß,
Die einen harren.

Die andern werfen Karten auf den Tisch:
„Trumpf Asi!“ Die dünnen Bretter tragen.
„Ge, Jungen, das Leben ist noch frisch!“
Und dröhnend hallt ihr Lachen ...

Mein Nachbar gräbt den Kopf in beide Hände.
Tief geht die breite Brust:
„Wird's heute nichts — verdammt — ich mach' ein
Endel

Gas oder Strick — egal. Johann, du mußt!“

Ein weicher Zug in wetherharter Miene,
Ein tiefer Glanz, der aus den Augen fiel:
„Die Kinder sterben, seit ich nichts verdiene,
Und meine Frau liegt im Hfl.“

„He, Herr Verwalter! Ist noch was zu hoffen?“
Es klingt fast wie ein Hilfeschrei ...
Der sieht ihn an, von solchem Ton betroffen,
Und sagt kaum hörbar: „S sind noch hundertzwei.“

„Sahahaha!“ Ein fürchterliches Lachen.
Gebeugt schritt er zur Tür:
„Ein Ende machen, bloß ein Ende machen!
Noch hundertzwei — hundertzwei vor mir!“ ...

Ernst Preetzang.



haben uns oft gegen den Militarismus und für den Frieden ausgesprochen, und wir sind bereit und willens, uns in der Förderung des Friedens und des Einbernehmens aller Nationen der Welt an die Seite der Vertreter der Gewerkschaftsbewegungen der ganzen Welt zu stellen, wie wir auch bereit sind, uns aufbauenden Bewegungen anzuschließen, die ins Leben gerufen sind, um auf dem Gebiete praktischen Wirkens für das wirtschaftliche und politische Wohlergehen aller Völker der Welt einzutreten.“

Die zum Schluß einstimmig zur Annahme gelangte Resolution hat folgenden Wortlaut: „In Uebereinstimmung mit unserm wiederholt zum Ausdruck gebrachten Interesse für die internationale Arbeiterbewegung empfehlen wir, daß der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes ermächtigt wird, die Verhandlungen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund zum Zwecke der Herbeiführung eines Uebereinkommens in fundamentalen Punkten und auf der vom Kongreß in El Paso dargelegten Basis fortzusetzen.“ Was diese Basis anbetrifft, so sagte Comperes auf dem am 17. November 1924 in El Paso abgehaltenen Kongreß in diesem Zusammenhang unter anderem: „Wir hegen den aufrichtigen Wunsch, uns der internationalen Arbeiterbewegung anzuschließen; wir können jedoch unsere nationale Autonomie nicht opfern. Wir sind zur Zusammenarbeit bereit, wenn eine Grundlage gefunden werden kann, auf der wir unsere Integrität aufrechterhalten können. Dies ist eine notwendige Voraussetzung für unsere Wirksamkeit und unser Gedeihen.“

Genossenschaftsbewegung.

Der Wert der genossenschaftlich organisierten Kaufkraft. Es ist unbestritten, daß die wirtschaftliche Einsicht der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung — einschließlich der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitermassen — noch sehr gering entwickelt ist. Denn sonst müßte sich angesichts der gegenwärtigen Preisentwicklung auf der einen Seite und der Machtentfaltung der Industrie- und Handelsartelle auf der andern, die dem Händler wie dem Verbraucher die Preise ganz einfach diktiert, ein geradezu elementarer Widerstand geltend machen.

Weder der Kleinhandel noch die genossenschaftlich nicht organisierten Verbraucher sind in stande, dem kapitalistischen Unternehmertum in der Industrie und dem Großhandel irgendwelchen Preisabbau abzurufen. Denn das Industrie- und Handelskapital hat die Klinke der wirtschaftlichen Preisgesetzgebung in der Hand. Und wer etwa glaubt, daß mit politischen Mitteln, d. h. durch Reichstags und Regierung dem wirtschafts-kapitalistischen Preiszwang beizukommen wäre, verkennt die ganze Natur des Wirtschaftskampfes zwischen Erzeuger, Vermittler und Verbraucher. Ja, wenn die politische Einsicht der Wähler und Wählerinnen der deutschen Republik, die immerhin größer zu sein scheint als ihre wirtschaftliche Einsicht, bereits so groß wäre, daß eine im Jahre 1919 greifbare sozialistische Mehrheit des Reichstages zur Tatsache werden würde, dann wäre zu erhoffen, daß unter den heutigen Verhältnissen eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen

wirksamen Schutz gegen den willkürlichen Preiszwang der Industrie und des Großhandels und den Verbraucher-massen einige Erleichterungen verschaffen könnte.

Aber es bliebe auch dann immer noch die Notwendigkeit der genossenschaftlich organisierten Selbsthilfe als wirksamster Schutz für den Verbraucher übrig; denn: so lange die Produktionsmittel nicht in den Besitz der Allgemeinheit übergegangen sind, vermag keine Staatsgewalt den Profitcharakter der kapitalistischen Wirtschaft zu ändern. Und ein Blick auf Rußland zeigt, daß selbst die unumfänglichste Staatsgewalt nicht in stande ist, die durch Entwicklung groß gewordene privatkapitalistische Wirtschaft durch Dekrete zu ent-thronen, eine sozialistische Wirtschaft einzufügen und die Warenpreise nach den Bedürfnissen der Wirtschaft und Gesellschaft zu bestimmen.

Dadurch gewinnt die genossenschaftlich organisierte Selbsthilfe noch mehr an Bedeutung, als sie jemals besessen. Man muß heute erkennen, daß das Fundament unserer ganzen Volkswirtschaft die Kundschaft, d. h. der Verbraucher bildet. Kein Kleinhändler kann bestehen ohne eine bestimmte Anzahl von Kunden, die bei ihm kaufen; der Großhandel ist an dem Tag pleite, an dem die Klein-händler als Abnehmer bei ihm verschwinden; die Schötte der Industrie hören auf zu rauchen, wenn der Absatz stockt, und das Kapital, selbst wenn es nach Milliarden zählt, wird zins-, d. h. profitlos, wenn die Kette der Kundschaft vom Verbraucher über den Kleinhändler bis zum Fabrikanten gerissen wird und die Kundschaft sich durch andere Kanäle versorgt. Es ist also durchaus klar, daß die Wirtschaftskraft des Verbrauchers als „Kundschaft“ den entscheidenden Produktions- und Preisfaktor bildet, und von hier aus ist die Folgerung zu der ungeheuren Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsorganisation sehr klar und einfach: die genossenschaftlich organisierte Kaufkraft bedarf weder des Kleins- noch des Großhandels und des Fabrikanten nur insofern, als sie noch nicht stark genug ist, die Warenbedürfnisse ihrer Kundschaft auf den Gebieten des alltäglichen Bedarfs durch Eigenproduktion zu befriedigen.

Die genossenschaftlich organisierte Kaufkraft bildet somit die beste Grundlage für die Eigenproduktion der Verbraucher. Sie bringt als organisierte Kundschaft zur Quelle der Preisbildung vor und wird unabhängig vom Industrie- und Handelskapital.

Dies zu begreifen, erfordert an sich nicht viel wirtschaftliche Einsicht. Und die konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsbewegung in Deutschland wäre organisatorisch, d. h. mit etwa 4 1/2 Millionen genossenschaftlich organisierter Familien — was einer Bevölkerungszahl von ungefähr 18 Millionen (bei 60 Millionen im ganzen!) entspricht — auch durchaus in der Lage, ohne Gesetzgebung Zug um Zug bis zur Quelle der Preisbildung auf den wichtigsten Gebieten der Lebenshaltung vorzudringen, wenn die wirtschaftliche Einsicht ihrer eigenen Mitglieder dem Umfange der Organisation entsprechen würde.

Aber leider fehlt es daran in ganz ungläublicher Weise. Und Zolltarif und Preisabbau-gesetze haben noch nicht vermocht, die zwei nächsten elementaren Wirkungen auszulösen, die das wirtschaftliche Selbstverständnis von der Welt wären: die Verbraucherzahl in den Konsumgenossenschaften zu verdoppeln und den Absatz bei ihnen zu vervierfachen.

Es ist beinahe das Gegenteil der Fall. Zwar nimmt die organisatorische Stärke der Konsumgenossenschaften ständig, wenn auch langsam, zu. Aber der Kundschaftscharakter der meisten Mitglieder ist faul und zeigt ein so geringes Maß wirtschaftlicher Einsicht in seine eigenen Interessen und in die volkswirtschaftliche Bedeutung der genossenschaftlich organisierten Kaufkraft, als ob die Warenpreise gegen die Vorkriegszeit nicht um 60 bis 70 % durchschnittlich gestiegen, sondern um soviel gesunken wäre.

Wie könnte es denn sonst möglich sein, daß in den deutschen Konsumgenossenschaften der Umsatz pro Familie und Jahr sich auf höchstens 200 M beläuft — noch nicht 5 M für die Woche! —, während es vor dem Kriege bei 60 bis 70 % niedrigeren Warenpreisen wenigstens 300 M Umsatz gewesen sind. Hunderttausende Beamten-, Angestellten-, aber auch Arbeiterfamilien erreichen einen Jahresumsatz bis zu 1000 M — sollte es bei einem Mindestmaß von wirtschaftlicher Einsicht, gefördert durch den Stachel der Not, nicht möglich sein, einen Durchschnitt von 800 M für alle, statt nur von 200 M zu erzielen?!

Es kann sein, und deshalb muß es sein. Die Kaufkraft der Verbrauchermassen bildet die allerbeste und daher wichtigste Grundlage jeder Volkswirtschaft; genossenschaftlich organisiert, bringt sie zum Allgemeinbesitz an Produktionsmitteln und damit zur Quelle der Preisbildung vor. — Also die ganze Kaufkraft den Konsumgenossenschaften!

Sozialpolitisches.

Zusammenlegung des Reichsarbeits- mit dem Reichswirtschaftsministerium? In letzter Zeit bringt die bürgerliche Presse wieder Nachrichten, die sich mit einer Zusammenlegung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums beschäftigen. Es wird in diesen Notizen darauf hingewiesen, daß sowohl das Reichsarbeitsministerium als auch das Reichswirtschaftsministerium Schöpfungen des Krieges sind. Sie hätten infolge der überaus schweren wirtschaftlichen Verhältnisse großen Umfang angenommen, so daß es nun erforderlich sei, den ins Riesenhafte angewachsenen Verwaltungsapparat zu verkleinern. In diesem Zusammenhang wird versichert, daß die Reichsregierung der Zusammenlegung der beiden Ministerien nicht ablehnend gegenüberstehe.

Der Zweck der Uebung liegt auf der Hand. Es handelt sich um einen neuen Schlag gegen die soziale Versicherung und die sozialen Rechte der Arbeiterschaft. Die Unternehmer nehmen mit Recht an, daß sie in ihrer arbeit-ferndlichen Tendenz ein Stück weitergekommen sind, wenn

sie das Reichsarbeitsministerium zu einem Teil des Reichswirtschaftsministeriums machen. Deshalb die Verbindungspläne auf Grund der Zusammenlegung der beiden Ministerien.

Nachdem man in Reich aber ganz gehörig abgemunken und festgestellt hatte, daß Verhandlungen über die Zusammenlegung der beiden Ministerien, wie die bürgerliche Presse zu melden wußte, nicht stattgefunden haben, versucht man nun, das Arbeitsministerium auf eine andere Art und Weise verschwinden zu lassen. Auf der Tagung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen für Rheinland und Westfalen und der nordwestlichen Gruppe des Vereins der Stahlindustriellen in Düsseldorf geht der bekannte Kommerzienrat Dr. Ing. Reusch, Oberhausen, eingehend auf die Angelegenheit ein. Nachdem er gegen die Sozialpolitik zu Felde gezogen war, führte er unter anderem folgendes aus: „Es würde mich aber freuen, wenn die notwendige Verwaltungsreform zu dem Ergebnis führt, daß Arbeits- und Wirtschaftsministerium schon im Hinblick auf den innigen Zusammenhang zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik künftig nicht mehr zum Schaden für die gesamte Wirtschaft nebeneinander arbeiten. Ich teile mit einem großen Teil meiner Freunde die Ansicht, daß das Reichswirtschaftsministerium zweckmäßigerweise verschwindet und seine Aufgaben voll und ganz vom Reichsarbeitsministerium übernommen werden.“ Also der Weg ist egal, die Hauptsache ist, man kommt dahin, die Bedeutung der beiden Institute in der sozialen Wirtschaftspolitik auszuscheiden. Die Gewerkschaften werden alle Mittel in Bewegung zu setzen haben, um das zu verhindern.

Steigende Konkursziffern. Im Oktober ist die Zahl der Konkurse gewaltig gestiegen. Mit 1139 Konkursen marschiert der Oktober an der Spitze der Nachkriegsmonate und übersteigt auch noch die Zahl der Vorkriegszeit, wo sie durchschnittlich pro Monat 1000 betrug. Die Wirtschaft scheint also einer verstärkten Reinigung entgegenzugehen. Im einzelnen nahm die Konkursziffer in den letzten Monaten folgende Entwicklung:

Januar	796	August	718
April	687	September	887
Juli	797	Oktober	1139

So hoch diese Ziffer im Oktober auch anmutet, sie ist es keineswegs, wenn man die tatsächlichen Verhältnisse in Betracht zieht. Eine Ueberhebung des Produktions- und Handelsapparats, die bei den Aktiengesellschaften und den Gesellschaften m. b. H. gegenüber der Vorkriegszeit das Dreifache ausmacht, erfordert noch ganz andere Konkursziffern, wenn der Produktionsapparat von allen faulen Gliedern befreit werden soll.

Was hat Deutschland an Wohnungen gebaut? Wie wir der „Wohnungswirtschaft“ entnehmen, hat der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Wohnungsausschuß des Reichstages folgende Mitteilungen über den Zugang an Wohnungen in der Nachkriegszeit gemacht. Danach hat der Neinzugang an Wohnungen betragen in den Jahren 1919 56 704, 1920 103 092, 1921 123 223, 1922 146 615, 1923 118 333, in fünf Jahren 547 967. Die Zahlen vom Jahre 1924 lagen dem Minister noch nicht vor. Sie werden aber über die Zahl von 150 000 nicht hinausgehen. Sehen wir die Jahre 1924 und 1925 mit je 150 000 Wohnungen ein, dann hat Deutschland in der Nachkriegszeit etwa 850 000 Wohnungen erbaut oder jährlich etwa 120 000 Wohnungen. Die Zahl der Ehe-schließungen beträgt aber heute allein über 350 000 jährlich. Wo soll da die Wohnungsnot enden? Wenn der Herr Reichsarbeitsminister das Fehlbild an Wohnungen auf 10 bis 11 fehlende Wohnungen auf 1000 der Bevölkerung angibt, dann ist diese Zahl bei weitem zu niedrig eingeschätzt, weil sie den Bevölkerungszuwachs nicht in Rechnung stellt und den beim freien Spiel der Kräfte notwendigen Vorrat nicht berücksichtigt. Ganz charakteristisch für den gegenwärtigen Zustand der Reichswohnungspolitik ist es auch, daß der Herr Reichsarbeitsminister es ängstlich vermeidet, von sich aus ein Wohnungsbauprogramm aufzustellen.

Literarisches.

Unsere Arbeit. Bericht der Freigewerkschaftlichen Jugendzentrale des Ortsausschusses Berlin des ADGB 1923-1924. 2. Auflage. Preis für Organisationen 50 M. — Der vorliegende Bericht ist mehr denn eine Aufzählung geleisteter örtlicher Arbeit. Hineingebettet grundsätzliche Erörterungen und eine Fülle angelegter Probleme machen das Büchlein zu einem wertvollen Beitrag zum gewerkschaftlichen Jugendproblem. Eine umfangreiche, vielseitige Arbeit ist geleistet worden, um dem gewerkschaftlichen Jugendprogramm gerecht zu werden. Dem in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit Tätigen wird bei der Lektüre manche Anregung zufließen.

Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (2. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), abgehalten in Breslau vom 31. August bis 4. September 1925, 344 Seiten, 1925 Berlin, Verlagsgesellschaft des ADGB. Preis gebunden in Ganzleinen 6,80 M., broschiert 5,30 M. Das Protokoll enthält neben den stenographisch aufgenommenen Verhandlungen ein Verzeichnis der Kongreßteilnehmer sowie alle dem Kongreß vorgelegten Anträge und Entschlüsse. Den Breslauer Verhandlungen kommt eine ganz besondere Bedeutung zu. Der Kongreß war nicht nur berufen, über die in den letzten drei Jahren so oft angefeindete taktische Linie zu urteilen, er hatte sich eingehend mit der Wirtschaftslage zu befassen und die Wege zu suchen, die eine gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiterschaft in allen Fragen der Wirtschaftsführung herbeizuführen geeignet sind. Daneben galt es, die Ansprüche der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft an die ins Stocken geratene sozialpolitische Gesetzgebung besonders und eine verbindliche Entscheidung über den langjährigen Organisationsstreit zu treffen. Das Ergebnis der Kongreßverhandlungen bildet die Richtschnur des weiteren gewerkschaftlichen Wirkens.

Jedes Gewerkschaftsmitglied sollte sich deshalb mit den Verhandlungen des Kongresses vertraut machen.

Das Märchen vom Preisabbau. Eine Aufklärungsschrift, herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. 24 Seiten. Berlin 1925. Verlagsgesellschaft des ADGB. Preis 65 M. — Die lesenswerte kleine Schrift stellt in großen Zügen das verhängnisvolle „Wirtschaftsprogramm“ der Regierung dar, wobei besonders die unerträgliche Belastung berücksichtigt wird, die der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung (Arbeitern, Angestellten, Beamten, Rentnern, Invaliden, Kleinhandel und Gewerbe) aufgebürdet wird. Durch eindrucksvolles Zahlenmaterial, das aus den verschiedensten Denkschriften und Eingaben gesammelt und größtenteils noch nicht veröffentlicht ist, wird die Wirkung der Industrie- und Agrarzölle, der Aufwertung, der Steuern, der Mietssteigerungen veranschaulicht. Das „Abbauprogramm“ der Regierung wird kritisch beleuchtet und gezeigt, daß es an seiner „inneren Umhaltbarkeit“ scheitern mußte. Die Schrift verfolgt den Leidensweg der Regierung, der in einer glatten Bankrotterklärung endete und hebt die — bisher noch zu wenig beachteten — Beschlüsse der großen Wirtschaftsverbände hervor, die eine glatte Abgabe an die Regierung bedeuten. Es scheint, heißt es in der Schrift, daß die politische Leidenschaft, die beim Abschluß der Zollgesetzgebung hoch aufschäumte, wirtschaftlicher Ueberlegung Platz zu machen beginnt. Schwerindustrie und Großagrarier bleiben als Sieger auf der Wahlstatt.

Die Wirtschaft und die Gewerkschaften. Zwei Vorträge von Professor Dr. Hermberg, Leipzig, und H. Jäckel, Berlin. 68 Seiten. 1925. Berlin, Verlagsgesellschaft des ADGB. Preis 1,20 M. — Der 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, der in der ersten Septemberwoche 1925 in Breslau tagte, behandelte neben andern Tagesordnungspunkten besonders ausführlich auch die Stellung der Gewerkschaften zu den allgemeinen Wirtschaftsfragen. Die Verhandlungen hierüber wurden durch ein Referat über: „Die deutsche Wirtschaft“ eingeleitet, das der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Hermberg (Leipzig) erstattete. Nach ihm sprach der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, H. Jäckel (Berlin), über: „Die Wirtschaftsdemokratie“. Beide Referate sind in der Broschüre nach der stenographischen Aufnahme wiedergegeben. Die Schrift verfolgt in erster Linie den Zweck, den großen Kreis der Gewerkschaftsfunktionäre über diese wichtigen Kongreßverhandlungen zu unterrichten. Gleichzeitig gibt sie aber auch der weiteren Öffentlichkeit einen Einblick, wie einige der großen Fragen der Wirtschaft von Gewerkschaften beurteilt werden.

Von der „Frauenwelt“ liegt das neue Heft Nr. 23 vor. Die Modebeilage bringt das Neueste für den Winter. Jedes Heft kostet 30 M., mit Schnittmusterbogen 10 M. mehr. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten.

„Die Gemeinde“, die Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, ist zu einem unentbehrlichen Berater für alle in irgendeinem Zweige der Gemeindeverwaltung Tätigen geworden. Das erste Novemberheft (Nr. 21) bringt Aufsätze zu einer Reihe wichtiger Kommunalfragen. „Die Gemeinde“ kostet monatlich 60 M. und ist durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag J. G. W. Diez Nachf., Berlin SW. 68, zu beziehen.

„Die Gesellschaft“. Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding. Verlag J. G. W. Diez Nachf., Berlin SW. 68. — Heft 11 enthält Aufsätze über: Europäische Zollunion von Dr. Adolf Braun. Die Zentrumskrise von Dr. Georg Deder. Die englische Arbeiterbewegung von C. Delisle Burns. Zu Max Adlers Sozialphilosophie von Prof. Dr. Siegfried Marx. Aus der Geschichte der ersten Internationale von B. Nikolajewski. Lage der Arbeiterklasse in Brasilien von Dr. Walter Schüd. Von Radomiz: ein Diplomat Bismarcks von Dr. Wolfgang Schwarz. — „Die Gesellschaft“ erscheint monatlich. Bezugspreis vierteljährlich 4,50 M., jährlich 17 M. Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.

Redarfahrt. In acht Tagen durch ein Jahrtausend. Von Josef Maria Frank. Verlag J. G. W. Diez Nachf., Berlin SW. 68. Kartonierte 2,50 M., Ganzleinen 4,50 M. — Dies neue Buch des Diez-Verlages, das unter dem Ueberschrift „Erwanderte Geschichte“ erscheint, lehrt uns wieder die vergessene Kunst, zu wandern. J. M. Frank führt uns auf einen der schönsten deutschen Wanderwege, den Weg, den der Redar von Wimpfen zum Rhein hin zieht, die Burgenstraße entlang. Dabei erleben wir nicht nur das Schöne in Natur und Architektur, nicht nur alte, malerische Städtebilder und Burgruinen; der Verfasser läßt all die alten Bau- und Kulturdenkmäler vor uns lebendig werden, so daß sie künden von bergangenen Kulturen und Geschichtsepochen. Das neue Buch wurde vom Verlag in gebiegem Einband herausgebracht und ist mit einer großen Zahl wohlgelegener Photoreproduktionen ausgestattet.

Martin Andersen Nexø: „Kinder der Zukunft“. Verlag J. G. W. Diez Nachf., Berlin SW. 68. Ganzleinen Preis 4 M. — Mühe und angestrengte Arbeit waren die herrschenden Kräfte in Andersen Nexø's Jugendjahren. Er hat Freud und Leid der Schaffenden am eigenen Leib erlebt. Und als für ihn später die Sonne zu scheinen begann, da litt er bei dem Gedanken an alle diejenigen, die da frierend saßen. Er griff zur Feder, um ihr Dasein in Erzählungen und Romane zu formen. Durch sein ganzes Schaffen drängt sich immer wieder das reiche Mitwissen um die Not der Kleinen, das heiße Mitfühlen mit denen, die ein dunkles und sonnenloses Dasein führen. Das prägt sich auch wieder in seinem neuen Band Erzählungen aus, der bei J. G. W. Diez Nachf., Berlin SW. 68, jetzt erschienen ist. Vorwärtsschreitende, in die Zukunft Bauende sind ihm die Söhne und Töchter des Proletariats, und so nennt er sein neues Buch „Kinder der Zukunft“.

Er sagt darin: „Es ist notwendig, daß einer der Gesellschaft auch die unbarmherzigen Wahrheiten sagt; und wer ist geeigneter dazu als der, der das Elend bis auf den Grund kennengelernt hat?“

Peter Stoll: Ein Kinderleben. Von ihm selbst erzählt. Von Carl Daux. Verlag J. G. W. Diez Nachfolger, Berlin SW. 68. Preis 2,40 M. — Originell wie der Inhalt dieses echten Jugendbuches ist auch seine Ausstattung. Ein blauer Umschlag, gleich dem eines Schulschreibheftes, mit für einen Schüler der Ia-Klasse fast zu viel Malereien und Klebisen. Ist es nun dieser originelle Umschlag, der zum Lesen des Buches geradezu anreizt? Und wer es anlieht, muß es bis zu Ende lesen; denn eine Erzählung ist brotlicher und köstlicher als die andere. In der Tat ein Buch für Kinder und Jugendliche, das man gern empfiehlt.

Versammlungsanzeiger.

- Montag, den 16. November:**
Potsdam: Abends 7½ Uhr bei Praktik, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.
Dienstag, den 17. November:
Dortmund: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße 32 (Kleiner Saal).
Mittwoch, den 18. November:
Viegnitz: Eine halbe Stunde nach Feierabend im Volkshaus.
Donnerstag, den 19. November:
Lauban: Eine halbe Stunde nach Feierabend im Volkshaus. — **Greifswald:** Gleich nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.
Sonabend, den 21. November:
Coswig: Abends 8 Uhr im Volkshaus. — **Dortmund, Bezirk Schwerte:** Abends 8 Uhr in der „Reichskrone“. — **Emden.** — **Gelsenkirchen:** Abends 7 Uhr bei Wiltten, Ecke Vereins- und Kampstraße. — **Münster i. W.:** Abends 8 Uhr im Restaurant von Aug. Brinkmann, Krummer Timpen 36/37. — **Ostelsburg:** Abends 6 Uhr bei Opa, Am Markt. — **Rendsburg:** Abends 8 Uhr in Wends Gasthaus, Obereiderstr.

- Sonntag, den 22. November:**
Mittling: Vormittags 10 Uhr im Gasthaus Faltermaler in Neudöding. — **Demold:** Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Ecke Paulinen- und Lagesche Straße. — **Eberswalde:** Bei Paul Räh, Westend. — **Hagen i. W.:** Vormittags 10 Uhr bei Arnold, Ecke Elberfelder- und Bergstraße. — **Reuhaldensleben.**

Anzeigen.

Sterbetafel.

Berlin. Am 23. Oktober starb unser Mitglied, Kamerad **Paul Günsche** (Bezirk 24), im Alter von 53 Jahren an Schlaganfall.
Crammischau. Am 3. November starb nach kurzer Krankheit an Magenkrebs der Mitbegründer unserer Zahlstelle, Kamerad **Eduard Prommer**.
Hannover. Am 25. Oktober starb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Kamerad **August Küncke**, am Herzschlag im Alter von 39 Jahren.
Stettin. Am 5. Oktober starb unser Kamerad **Karl Mandel** an Magenkrebs. — Am 10. Oktober starb unser Kamerad **Paul Fruggel** an Lungen tuberkulose. — Am 17. Oktober starb unser Kamerad **Rudolf Salomon** an Bauchfellentzündung, der, ebenso wie Mitbegründer unserer Zahlstelle. — Am 21. Oktober starb unser Kamerad **Albert Diackow** an Lungen tuberkulose.

Ehre ihren Andenten!

Zahlstelle Dresden.

Allen reisenden Kameraden zur Mitteilung, daß der Zugang nach Dresden zur Zeit so stark ist, daß die Kameraden bestimmt damit rechnen müssen, in Dresden wochenlang keine Arbeit zu finden. Es ist deshalb allen Kameraden zu raten, Dresden nicht als Reiseziel zu nehmen. Wohnung ist auch nur in teuren Gasthäusern zu finden. Alle Kameraden sind verpflichtet, soweit sie doch noch reisen, sich im Bureau, **Risenbergstr. 2, 2. St.**, zu melden. Umschauen ist verboten. [3,30 M.] **Der Zahlstellenvorstand.**

Zahlstelle Schwerin i. M.

Alle reisenden Kameraden haben sich, bevor sie umschauen, beim Kassierer **H. Rodbertus, Wederstr. 7**, oder beim Vorsitzenden **R. Rönk, Bergstr. 8**, zu melden.

Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, den Zimmerer **Paul Quandt**, geboren 3. Januar 1902 zu Sternberg i. M., daran zu erinnern, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Schwerin i. M. gegenüber nachzukommen. [3,30 M.] **Der Vorstand.**

Franz Kaiser, geboren 14. Juli 1906 in Berlin, eingetreten 3. November 1924 in Eberswalde (Buch-Nr. 418244), wird ersucht, seinen Verpflichtungen in der Zahlstelle **Schwabach** nachzukommen. [1,50 M.] **Der Vorstand.**

Wilhelm Schuhart aus Magdeburg sende Deine Adresse sofort an Deine Eltern, da Deine Mutter schwer erkrankt ist. [1,20 M.]